



**Regierungserklärung
von Ministerpräsident Günther H. Oettinger**

Tatkraft und Selbstvertrauen in schwieriger Zeit

Arbeit schaffen, Sicherheit geben, Heimat bewahren

am 27. April 2005

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Arbeit schaffen

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie, dass ich meine erste Regierungserklärung mit einem **persönlichen Dank** beginne. Vor einer Woche wurde ich von Ihnen, den Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, mit einer sehr großen Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt. Für dieses Vertrauen möchte ich Ihnen sehr herzlich danken. Danken möchte ich auch für die vielen guten Wünsche, die mich anlässlich meiner Wahl über die Parteigrenzen hinweg erreicht haben. Ihr Vertrauen ehrt mich. Und es ist mir eine Verpflichtung bei der Erfüllung meiner neuen Aufgaben als Ministerpräsident.

Baden-Württemberg nimmt einen **Spitzenplatz unter den deutschen Ländern** ein. Auf allen wesentlichen Feldern der Politik – in der Wirtschaftskraft, in der Forschung, in der Hochschul- und Bildungspolitik, in der Sicherheit – liegen wir vor anderen Ländern. Das ist nicht selbstverständlich, das kommt nicht von ungefähr, das ist Ergebnis harter Arbeit der Menschen in unserem Land, das ist aber auch Ergebnis konsequenter und zielgerichteter Politik in den letzten Jahrzehnten.

Wenn wir diesen Spitzenplatz im harten Wettbewerb mit anderen Regionen halten und festigen wollen, wenn wir auf dieses gute Fundament weiter aufbauen wollen, müssen wir uns anstrengen, müssen wir nüchtern nach vorn schauen und **unseren eigenen Weg** gehen. Einen Weg, auf dem uns die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrer **Kreativität** und **Leistungsbereitschaft**, aber auch mit ihrer **Zuversicht** und ihrer **Liebe zum Land** begleiten. Wir leben in einem wunderschönen, von kultureller Vielfalt geprägten Land, in das nicht ohne Grund jedes Jahr zigtausende Menschen ziehen, um hier zu leben, zu arbeiten, Familien zu gründen, Kinder zu erziehen, sich ausbilden zu lassen und um mit den liberalen und traditionsbewussten Menschen in Baden-Württemberg Heimat zu gestalten.

Kinderland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist keine Insel – es ist aber ein **Modell deutscher Möglichkeiten**, wie Theodor Heuss gesagt hat. Wer hier lebt, Arbeiter und Unternehmer, Freiberufler und Angestellter, hat Chancen und Möglichkeiten, wie kaum sonst auf der Welt. Wer Baden-Württemberg zukunftsfähig halten will, muss auf die kommende Generation setzen, muss Bedingungen schaffen, die familienfreundlich und kinderfreundlich sind.

Wir müssen zum „**Kinderland**“ Deutschlands werden. Zu einem Land, in dem sich Familien und Kinder wohl fühlen, in dem sie ein Klima vorfinden, das Eltern Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern ermöglicht oder erleichtert. Ein Land, in

dem Familie mehr Lust als Last bedeutet und das den Ehrgeiz hat, das kinderfreundlichste zu sein. Es sollte nicht mehr die Devise gelten müssen: „lieber kinderlos als arbeitslos“ – weil junge Paare ihren Kinderwunsch zugunsten der Karriere zurückstellen oder ganz aufgeben.

Ich sehe mich bei einer Politik für die Kinder und für die Familie mit meinem Vorgänger Erwin Teufel in vollem Einvernehmen: „Kinder sind das Beste, was wir haben.“ Und ich verweise auf unsere Landeshauptstadt, die die kinderfreundlichste Großstadt Deutschlands werden will.

Für die Kinder brauchen wir auch die älteren Menschen, mit ihrer Lebenserfahrung, ihrer Ruhe und Gelassenheit, ihrer Vorbildfunktion. Hier kann ein Geben und Nehmen zum beiderseitigen Nutzen stattfinden. Was die Älteren mit Zugewandtheit ihren Enkeln beim Spielen und Lernen geben können und die Enkel ihren Omas und Opas an Lebensfreude, Neugierde und ehrlicher Zuneigung, ist durch nichts zu ersetzen.

Nach einer aktuellen Umfrage fühlt sich jeder dritte Bundesbürger von Armut bedroht. Die Menschen wissen, dass ernste und harte Zeiten bevorstehen. Sie machen sich Sorgen um den Arbeitsplatz, Sorgen um Rente und soziale Sicherheit, Sorgen um die Ausbildung ihrer Kinder.

Diese **Sorgen** müssen wir **sehr ernst nehmen**. Wir müssen ihnen mit einer Politik begegnen, die nicht beschönigt oder beschwichtigt, sondern die sich auf das Wichtige und Wesentliche konzentriert.

Deshalb sage ich klar und deutlich: Ich trete nicht in einen politischen Wettlauf ein nach dem Motto: „Wer hat die meisten Wohltaten im Angebot?“ Das einzige, was ich verspreche, ist, dass wir alles in unseren Kräften und Möglichkeiten Stehende tun wollen, um Wachstum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu sichern.

Arbeit ist Quelle des Wohlstands. Aber sie ist auch mehr als das: **Arbeit** heißt Bestätigung, heißt Gebrauchtwerden, heißt Lebensinhalt und Lebensperspektive. **Arbeit** hat mit der Würde des Menschen zu tun.

Eine Gesellschaft, in der die Arbeit zu einer Art Privileg und Luxusgut wird, kann nicht gedeihen, sondern sie verarmt – auch in ihrer geistigen Substanz. Bundespräsident Horst Köhler hat vor einigen Wochen betont – ich zitiere: „Wir brauchen eine **politische Vorfahrtsregel für Arbeit!**“ Dem schließen sich die Landesregierung von Baden-Württemberg und ich persönlich ohne Einschränkung an.

Baden-Württemberg auf eigenem Weg – Dialog und Offenheit

Aus dieser Misere wieder herauszukommen, ist nicht einfach. Und wir werden das allein in Baden-Württemberg auch nicht schaffen. Aber wir werden **auf unserem eigenen Weg** mutig und kraftvoll vorangehen, mit **höherer Leistung**, mit **mehr Kreativität**, mit **neuen Ideen**. Wir können und müssen auf allen politischen Ebenen unseren Einfluss noch stärker geltend machen, damit Deutschland wieder auf die Beine kommt.

Unseren privaten und öffentlichen Wohlstand können wir nur behaupten, wenn wir im internationalen **Wettbewerb** erfolgreich sind. Wir können in diesem Wettbewerb bestehen – aber nur dann, wenn wir uns über zwei Dinge im Klaren sind:

Erstens: Baden-Württemberg wird auch in Zukunft ein Hochlohnland bleiben. Wir müssen deshalb unsere Kräfte auf hochwertige und innovative Produkte und Dienstleistungen konzentrieren. Wir müssen mindestens um soviel besser sein, wie wir teurer sind. Wir leben von **Innovation, Qualität und Fortschritt**.

Und *zweitens:* Auf den Feldern, auf denen wir besonders gut und wettbewerbsfähig sind, müssen wir konsequent die bestehenden Wachstumsbremsen und Standortnachteile abbauen.

Dafür brauchen wir **Reformen**. Dafür brauchen wir **Fleiß**. Dafür brauchen wir den **Mut zu Neuem**. Und dafür brauchen wir eine **Kultur der Selbständigkeit**.

Unser Land hat eine sehr gute Ausgangslage. Baden-Württemberg hat seit Jahren die niedrigste Arbeitslosigkeit, die wenigsten Insolvenzen und die meisten Patente, die besten Hochschulen, hervorragende Ergebnisse in der Schul- und Bildungspolitik.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit stand in Baden-Württemberg nie im Vordergrund. Er hat auch historisch keine Rolle gespielt. Ich werde alles tun, damit das so bleibt. Es gibt immer wieder durchsichtige Versuche, Fronten aufzubauen und Neid zu schüren. Jedes Heraufbeschwören ideologischer Gegensätze schadet dem Standort Baden-Württemberg und den Menschen, die hier leben.

Ich danke heute in meiner ersten Regierungserklärung am Beginn meiner Amtszeit als Ministerpräsident **allen Kräften im Land**, die zu diesem ausgezeichneten Ergebnis beigetragen haben: den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmern und Gewerkschaften, den Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst, den Wissenschaftlern und Lehrern, den Kirchen und Verbänden.

Und ich danke auch Erwin Teufel, meinem Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten. Er hat in den 14 Jahren Beeindruckendes geleistet und geschaffen. **Baden-Württemberg** ist in diesen Jahren noch mehr zusammen gewachsen. Es ist **kein**

Bindetrich-Land, sondern eine starke Einheit. Weitreichende Fusionen sind gelungen und wichtige Weichen wurden gestellt. Im Zentrum standen die Zukunftschancen der Jungen Generation.

Ich sehe mich aber auch in der **Kontinuität** zu meinen Vorgängern und erinnere an die Liberalität eines Reinhold Maier, an die Solidität eines Gebhard Müller, an die Weitsicht eines Kurt Georg Kiesinger, an den Aufbruch in Wirtschaft und Wissenschaft durch Hans Filbinger, an die Dynamik Lothar Späths und dessen Umbau unseres Landes zu einem zukunftsgerichteten, modernen Staatswesen.

Mit der neuen Landesregierung setzen wir die **bewährte Koalition von CDU und FDP** fort. Diese Koalition steht für eine erfolgreiche Landespolitik. Sie steht für eine aktive Rolle Baden-Württembergs im Bund und in der EU. Sie steht für Tradition und Fortschritt, Dynamik und Verlässlichkeit.

Baden-Württemberg ist ein Land, das sich seiner **christlichen Wurzeln** bewusst ist. Christlich geprägte Werte wie Freiheit, Nächstenliebe, Solidarität und Engagement gehören zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft. Der Staat ist wertneutral, aber nicht wertfrei. Die Kirchen leisten in unserem Land unverzichtbare Dienste – in Caritas und Diakonie, bei der Betreuung von Kindern und Senioren, als Träger von Privatschulen oder in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie konfrontieren uns mit der Frage nach dem Sinn unseres Lebens. Und sie erinnern uns daran, dass wir als Menschen unser Schicksal nicht allein in Händen halten.

Wir werden die bestehende Praxis des **konfessionellen Religionsunterrichts** beibehalten. Und wir werden den bereits beschlossenen Modellversuch eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache zügig umsetzen. Die Pläne des Berliner Senats zur Einführung eines nicht Bekenntnis gebundenen „Lebenskunde-Unterrichts“ lehnen wir entschieden ab. Dieses Berliner Modell schafft nicht Neutralität, sondern geistige Leere.

Bei uns in Baden-Württemberg wird die Religion auch in Zukunft ihren Platz im gesellschaftlichen Leben behalten. Die Landesregierung setzt auf eine gute und vertrauensvolle **Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und mit allen anderen Religionsgemeinschaften**, die das Leben in unserem Land prägen und bereichern.

Europa als Wertegemeinschaft und Garant des Friedens

Wir begehen in diesen Tagen den 60. Jahrestag des Kriegsendes. Als erster Ministerpräsident unseres Landes habe ich den Zweiten Weltkrieg und die harten Nachkriegsjahre nicht mehr selbst erlebt. Ich werde immer Dankbarkeit empfinden gegenüber allen, die unser Land aufgebaut haben. Zugleich habe ich tiefen Respekt vor dem Leid der älteren Generation. Für viele von ihnen ist die schreckliche Erfahrung

von Krieg, Zerstörung, Flucht und Vertreibung immer noch lebendig. Deshalb wenden wir uns gegen jede Form von Geschichtsvergessenheit und setzen uns auch weiterhin für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin ein.

Seit 60 Jahren lebt Deutschland in **Frieden** mit seinen Nachbarn. Heute beteiligen sich Soldaten der Deutschen Bundeswehr an friedenssichernden Missionen in aller Welt. Überdurchschnittlich viele von ihnen kommen aus Standorten in Baden-Württemberg. Die Landesregierung ist diesen jungen Menschen, die sich mit hohem persönlichem Risiko für den Frieden in der Welt einsetzen, sehr verbunden. Wir wissen auch um die Sorgen und Ängste ihrer Angehörigen. Ich werde möglichst bald eine Einheit aus Baden-Württemberg im Auslandseinsatz besuchen.

Die **europäische Einigung** ist der Garant einer stabilen Friedensordnung. Die EU-Osterweiterung ist die Krönung dieses Friedenswerks. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war sie ein richtiger und konsequenter Schritt.

Bei aller Zustimmung zur bisherigen Erweiterungspolitik der EU dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass sich das europäische Band beliebig weit ausdehnen lässt. Vor der Aufnahme weiterer Länder in die EU muss sehr genau geprüft werden, welche Auswirkungen dies hat: auf den Arbeitsmarkt, auf die Stabilität der Währung, auf die Handlungsfähigkeit der Gremien und auch auf den Charakter Europas als Wertegemeinschaft.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger steht der europäischen Idee positiv gegenüber. Aber sie fürchten sich zu Recht vor bürokratischer Überregulierung und auch vor einem Verlust an demokratischer Kontrolle. Die neue Landesregierung wird in der Europapolitik auf eine konsequente **Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips** achten. Wir werden die Europapolitik auch in Zukunft aktiv mitgestalten – im Ausschuss der Regionen ebenso wie im regen Kontakt mit den europäischen Institutionen. Ein wichtiger Brückenkopf für diese Arbeit ist unsere Brüsseler Vertretung.

Im Interesse unserer Wirtschaft werden wir alle Bestrebungen der Bundesregierung abwehren, europäische Regelungen bei ihrer Umsetzung zusätzlich zu verschärfen. Ein schlimmes Beispiel für die rot-grüne Politik des „Draufsatteln“ ist das so genannte Antidiskriminierungsgesetz.

Wettbewerbschancen verbessern, Wachstumsbremsen lösen

Von allen deutschen Ländern hat Baden-Württemberg gegenwärtig mit 7,3 Prozent die mit Abstand **niedrigste Arbeitslosenquote**. Aber auch das ist viel zu hoch. Wir werden in den nächsten zehn Jahren nicht nur Beschäftigung für diese 400.000 Arbeitslosen von heute brauchen. Wir brauchen darüber hinaus noch einmal rund 250.000 weitere Arbeitsplätze für diejenigen Menschen, die aus Gründen der Demographie und infolge von Wanderungsbewegungen neu auf den Arbeitsmarkt drängen.

Reformen sind kein Selbstzweck. Sie dienen den Menschen – den 5,2 Millionen Arbeitslosen bundesweit, und Millionen anderen, die um ihre Jobs bangen. Nur durch wirtschaftliches Wachstum und eine mutige Reformpolitik können wir Arbeitslosigkeit abbauen, Arbeitsplätze sichern und im Wettlauf um den besten Arbeitsmarkt bestehen.

Die Haupt-Wachstumsbremsen bei uns in Deutschland sind das **Steuersystem** und die **Lohnnebenkosten**. Hier müssen wir ansetzen. Und wir müssen die Produktivität in Relation zu den Kosten erhöhen.

Nach einer Studie des World Economic Forum (WEF) ist das deutsche Steuersystem das weltweit ineffizienteste: 104 untersuchte Länder, Platz 104 für Deutschland. Das sagt eigentlich alles. Was wir brauchen, ist eine **große Steuerreform**, die diesen Namen wirklich verdient, ein „Reformkonzept aus einem Guss“, das die Einkommen- und Erbschaftsteuer ebenso berücksichtigt wie die Unternehmensbesteuerung und die Gemeindefinanzen. Die Vorschläge der Union und der FDP liegen auf dem Tisch. Es ist Sache der Bundesregierung, sich damit auseinanderzusetzen.

Für eine wirkliche große Steuerreform – aber auch nur für diese – bin ich bereit, Steuervergünstigungen zur Disposition zu stellen.

Den dringendsten **Handlungsbedarf** sehe ich bei der **steuerlichen Belastung von Wirtschaft und Mittelstand**. Vor allem bei den Kapitalgesellschaften sind die Steuersätze im internationalen Vergleich zu hoch. Dies führt zu einer Verlagerung von Standorten ins Ausland und hält ausländische Unternehmer von Investitionen in Deutschland ab. Deshalb müssen die Steuersätze abgesenkt werden.

Wenn die Konzentration auf Wachstumschancen wieder Vorrang hat vor dem Bemühen um Steuervermeidung und wenn wieder mehr in Deutschland versteuert statt verlagert wird, dann wird das Steueraufkommen sogar steigen. Dadurch wird die Steuersenkung sich zumindest zum Teil „von selbst bezahlt machen.“ Die restlichen Kosten der Steuersenkung – ich denke an etwa zwei Drittel – müssen gegenfinanziert werden. Denn bei allen Überlegungen für eine umfassende Reform des Steuerrechts muss uns klar sein: Die öffentlichen Haushalte können in der aktuellen Lage keine Geschenke verteilen.

Bei einer Modernisierung der Unternehmensbesteuerung müssen wir besondere Rücksicht auf die Interessen des Mittelstandes nehmen: Ein wesentlicher Teil der Unternehmen in Deutschland wird als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft geführt. Diese Unternehmen können bislang von einer Absenkung der Körperschaftsteuer nicht profitieren. Mein Ziel ist, ökonomisch Gleiches auch steuerlich gleich zu behandeln. Wir müssen den Personengesellschaften den Zugang zu einer international wettbewerbsfähigen niedrigeren Körperschaftsteuer eröffnen, beispielsweise mit einem **Optionsmodell**.

Besonders wichtig für den Mittelstand – und für mich vorrangig – ist eine **Reform der Erbschaftsteuer für Unternehmen**. Wenn ein Familienbetrieb an die nächste Generation weitergegeben wird, muss sichergestellt werden, dass Steuerforderungen nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen oder gar die Schließung des Unternehmens zur Folge haben. Ich könnte mir vorstellen, dass die Erbschaftsteuer bei Fortführung des Unternehmens über einen Zeitraum von zehn Jahren völlig erlassen wird.

Die Landesregierung tritt für eine **Senkung der Lohnnebenkosten** ein. Wir müssen dafür sorgen, dass der Faktor „Arbeit“ nicht noch mehr von Sozialbeiträgen belastet wird. Gleichzeitig müssen wir unser System der sozialen Sicherung „demographiefest“ machen. Lassen Sie mich dies am Beispiel der Pflegeversicherung illustrieren: Heute haben wir in Baden-Württemberg etwa 180.000 Pflegebedürftige im Alter von über 60 Jahren. Bis 2040 wird sich diese Zahl auf rund 390.000 erhöhen. Wir werden diesen Umbruch nur bewältigen, wenn die Pflegeversicherung schrittweise auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestellt wird. Junge Menschen, die ins Erwerbsleben starten, sollen sich selbst versichern. Für ältere Arbeitnehmer, die schon lange in das bestehende System eingezahlt haben, muss ein Vertrauensschutz gelten.

Was die Gesetzliche Krankenversicherung angeht, kann ich nur eines wiederholen: Wir stehen nicht für die rot-grüne „Bürger-Zwangversicherung“, sondern für ein Gesundheitsprämienmodell. Dieses Modell ist gerechter und effizienter als die rot-grüne Staatsmedizin – und es setzt auf die Eigenverantwortung der Menschen.

Mittelstand und Handwerk stärken

Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstandes:

- Mittelständische Unternehmen stellen zwei Drittel unserer Arbeitsplätze
- und 80 Prozent der Ausbildungsplätze.
- Aus dem Mittelstand kommen 50 Prozent der Wertschöpfung
- und 80 Prozent des gewerblichen Steueraufkommens.

Ganz klar: Es sind nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. Viele dieser mittelständischen Betriebe sind **Familienunternehmen**, die oft schon seit Generationen im Land verankert sind. Sie verstehen sich nicht nur als Wirtschaftsunternehmen, sondern sie übernehmen Verantwortung in unserer aktiven Bürgergesellschaft.

Die Landesregierung bekennt sich auch in Zukunft zur Förderung von Mittelstand und Handwerk.

Wir unterstützen alle unsere Unternehmer, egal ob sie Existenzgründer oder Nachfolger sind oder aus anderen Gründen einen besonderen Finanzierungsbedarf haben.

Die L-Bank, die Bürgschaftsbank und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) bieten Menschen, die den Weg in die unternehmerische Selbständigkeit wagen, **unbürokratische Finanzierungsangebote**. Die Landesregierung will die Mittelstandsförderung über diese erfolgreichen Institute weiter verstärken. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Kapitalausstattung der MBG.

Zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Expansionsphase wollen die MBG, die Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg kurzfristig einen Mittelstandsfonds für Beteiligungen auflegen. Er wird ein Volumen von 50 Mio. Euro haben. Ein weiterer Fonds dieser Art soll auch mit den Genossenschaftsbanken eingerichtet werden.

Wir können aber nicht auf der einen Seite den Mittelstand stärken und auf der anderen Seite zulassen, dass öffentliche Unternehmen ihm Konkurrenz machen. Deshalb brauchen wir eine **Reform des Gemeindefinanzierungsrechts** mit einer **Verschärfung der Subsidiaritätsklausel**.

Die Landesregierung und die Regierungsfractionen stimmen überein, dass die Gemeinden außerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in Zukunft nur wirtschaftlich tätig werden dürfen, wenn sie nachweislich besser sind als private Anbieter. Ausnahmen von dieser Regel soll es nur dann geben, wenn ein kommunales Unternehmen bestimmte Tätigkeiten schon in der Vergangenheit ausgeübt hat. Für die Zukunft aber gilt: Vorrang für den örtlichen Mittelstand!

Arbeitsmarkt öffnen – Beschäftigung schaffen

Unser Arbeitsmarkt braucht wieder mehr Marktqualität. Um Missverständnissen vorzubeugen: Auch in Zukunft brauchen wir soziale Absicherungen. Aber wir können uns kein Schutzniveau mehr leisten, das inzwischen so hoch ist, dass in Deutschland täglich über 1.000 Arbeitsplätze verloren gehen.

Deshalb gehören alle bestehenden Regelungen auf den Prüfstand: das Tarifvertragsrecht und das Betriebsverfassungsrecht ebenso wie das Mitbestimmungsgesetz und der Kündigungsschutz.

Mancher junge Arbeitslose oder Berufseinsteiger, der heute auf der Straße steht, hätte längst eine Anstellung gefunden, wenn die Arbeitgeber nicht den **Kündigungsschutz** fürchten müssten. Ich schlage deshalb auf Bundesebene einen zeitlich

befristeten Modellversuch vor: Lassen Sie uns drei Jahre lang den Kündigungsschutz für Berufseinsteiger streichen. Wenn diese drei Jahre abgelaufen sind, ziehen wir gemeinsam Bilanz und zählen nach, ob in dieser Zeit mehr Menschen in Beschäftigung vermittelt wurden oder weniger. Die Lage der Betroffenen und auch die Situation unserer Wirtschafts- und Sozialsysteme sind viel zu ernst, als dass wir diesen Vorschlag nicht vorbehaltlos prüfen sollten.

Man kann es nicht oft genug sagen: Sozial ist, was Arbeit und Arbeitsplätze schafft! Von Rechtsansprüchen allein ist noch niemand satt geworden. Vor allem diejenigen nicht, denen diese Rechtsansprüche den Zutritt zum Arbeitsmarkt verwehren.

Wir alle sind uns einig, dass Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen höchste Priorität haben. Wenn das so ist, muss uns die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Praxis auch wichtiger sein als das Beharren auf Prinzipien! Marktfremde Instrumente, wie z.B. Kombilöhne, können für mich aber nur übergangsweise in Frage kommen.

Die Hauptproblemgruppen des Arbeitsmarktes sind die wenig Qualifizierten und der so genannte Niedriglohnsektor. Um diese Menschen wieder in Arbeit zu bringen, müssen wir zur Not das **Experiment einer staatlichen Unterstützung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich** wagen, wie sie etwa das „Magdeburger Modell“ vorsieht.

Bei diesem Modell erstattet der Bund denjenigen Arbeitgebern, die Arbeitslosengeld-II-Empfänger in der untersten Lohngruppe einstellen, die gesamten Sozialversicherungsbeiträge, d.h. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Für die Unternehmen sinken dadurch die Arbeitskosten um 35 Prozent, der Nettolohn des Beschäftigten bleibt davon unberührt.

Ich schlage einen großflächigen Regionalversuch vor mit Baden-Württemberg im Westen und einem ostdeutschen Land. Ich fordere den Bund auf, den Weg hierfür frei zu machen. Es ist allemal besser, Arbeit zu fördern, als Arbeitslosigkeit auf Dauer zu finanzieren.

Die Situation im Niedriglohnbereich wird auch dadurch erschwert, dass Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern zu dort üblichen Niedriglöhnen in Deutschland beschäftigt werden. Einheimische Arbeitskräfte werden so in die Arbeitslosigkeit abgedrängt. Ich halte aber nichts davon, die **EU-Dienstleistungsrichtlinie** komplett zu kippen, wie dies die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vorschlagen. Stattdessen sollten wir durch zeitlich befristete Schutzbestimmungen die Arbeitsmärkte der alten und der neuen EU-Staaten behutsam aneinander heranzuführen, ohne dass es bei uns zu Lohndumping kommt und dadurch noch mehr Arbeitslosigkeit entsteht.

Die Menschen in Deutschland sind zu Reformen bereit. Sie wissen, dass wir nicht einfach weitermachen können wie bisher. Und sie wissen auch, dass sie Einschnitte bei sich selbst hinnehmen müssen. Aber sie wollen, dass es bei diesen Reformen gerecht zugeht. Zu diesem Ziel will ich mich auch heute ganz ausdrücklich bekennen.

Jeder muss nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten, dass unser Land wieder Rückenwind bekommt! Dazu gehört auch, dass wir nicht mit zweierlei Maß messen: **Steuerhinterziehung ist für mich keinen Deut besser als Sozialmissbrauch!** Wir werden beides energisch bekämpfen!

In den letzten Monaten waren **Vorstandsgehälter in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen** Gegenstand einer strittigen Diskussion. Vor allem in Organisationen mit Zwangsmitgliedschaft haben die Vorstände eine ganz besondere Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und Beitragszahlern. Wenn die Selbstverwaltungsgane dieses Verantwortungsbewusstsein nicht von sich aus aufbringen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Vorstandsgehälter per Gesetz in ein vernünftiges Verhältnis zur Besoldung von Spitzenbeamten gebracht werden.

Wir wollen den **Dialog mit allen Akteuren des Arbeitsmarktes:**

- mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die als Tarifpartner eine besondere Verantwortung tragen;
- mit den Unternehmern und Betriebsräten, die sich vor Ort um die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen kümmern.
- schließlich mit den Verbänden und Kammern, die ebenso Rahmenbedingungen setzen wie der Staat.

Mit ihnen allen möchte ich einen engen, fortlaufenden Gesprächskontakt führen, damit wir gemeinsam Strategien **für mehr Arbeit und Beschäftigung in Baden-Württemberg** entwickeln können.

II. Innovationen entwickeln

Wir können unseren hohen Lebensstandard nur dann halten, wenn wir innovative Produkte für den Weltmarkt entwickeln. Der Nährboden, auf dem solche Innovationen gedeihen, ist die Wissensgesellschaft. In keinem anderen deutschen Land ist die Öffnung der Industriegesellschaft zur **Wissensgesellschaft** so weit fortgeschritten wie bei uns in Baden-Württemberg.

Damit aus guten Ideen noch mehr marktfähige Produkte werden, ist eine noch engere **Verzahnung zwischen Forschung und Wirtschaft** erforderlich. Um diese wichtige Aufgabe kümmert sich bei uns die Steinbeis-Stiftung. Mit ihren über 600 Transferzentren in der ganzen Welt bringt die Stiftung Forschungsergebnisse aus den Hochschulen in die Betriebe. Diese Vernetzung zahlt sich aus:

- Unsere Hochschulen sind bundesweit führend bei den Patentanmeldungen.
- Sie werben deutschlandweit die meisten öffentlichen und privaten Fördergelder („Drittmittel“) ein, darunter jährlich ca. 100 Mio. Euro von der EU.
- Bei den Existenzgründungen belegt Baden-Württemberg inzwischen den Spitzenplatz in Deutschland.

Neue Technologie-Unternehmen sind entscheidend für unsere künftige Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb wird die Landesregierung an den Programmen zur **Förderung von Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich** festhalten und sie noch zielgerichteter durchführen.

Wir werden die Vernetzung zwischen öffentlicher und industrieller Forschung weiter vorantreiben und der Wirtschaft einen direkten Zugang zum Forschungspotenzial des Landes eröffnen. Im Rahmen eines neuen „**Innovationsprogramms Mittelstand**“ wollen wir mittelständische Betriebe bei der Beschäftigung von Hochschulabsolventen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützen.

Wir treiben die Bildung von Forschungsschwerpunkten voran, die gemeinsam von Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen getragen werden. Wir werden Forschungseinrichtungen der Industrie die Möglichkeit geben, sich auf dem Campus von Universitäten anzusiedeln.

Wir forcieren regionale Branchenschwerpunkte, so genannte **Cluster**. Noch in diesem Jahr werde ich die Regionen und Kreise des Landes bereisen und sie bitten, ihre Stärken gezielt zu identifizieren und sie mit Unterstützung des Landes fortzuentwickeln.

Baden-Württemberg hat eine Spitzenstellung im Gesundheitsbereich einschließlich der Biowissenschaften und der Medizintechnik, in der Umwelt- und Energietechnik, bei den optischen Technologien sowie auf dem Sektor „Informationstechnologie,

Software und Medien“. Im Mittelpunkt der künftigen Förderung werden auch die Neuen Materialien sowie die Lebenswissenschaften als Querschnittsdisziplin stehen.

Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit der Biotechnologie und mit der Grünen Gentechnik. Wir werden die Chancen und Risiken dieser Zukunftstechnologien unvoreingenommen und sorgfältig abwägen.

In den nächsten Jahren wird das Land mehr als 150 Mio. Euro aus der **Zukunftsoffensive IV** investieren: in den Grundlagenbereich, in die anwendungsnahe Forschung, in den Ausbau eines Forschungsnetzwerks zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstituten.

Hochschulen von herausragendem Format

Baden-Württemberg verfügt über **hervorragende Hochschulen und Berufsakademien**. In allen deutschlandweiten Leistungsvergleichen belegen die Universitäten und Fachhochschulen des Landes regelmäßig die vorderen Plätze.

Mit der **Hochschulreform** haben wir in Baden-Württemberg seit Januar das modernste Hochschulrecht in Deutschland. Die Leitbilder dieser Reform heißen:

- mehr Autonomie
- mehr Eigenverantwortung
- mehr Wettbewerb
- mehr Leistungsorientierung

Maßstab für unsere Hochschulen ist der internationale Wettbewerb. Hochschulen, die diesem Anspruch genügen, brauchen eine angemessene Ausstattung. Deshalb werden wir den Hochschulen, zusätzlich zu einer verlässlichen staatlichen Grundfinanzierung und zusätzlich zur Finanzierung über Drittmittel auch das Recht zur **Erhebung von Studiengebühren** geben. Die Landesregierung wird im September eine umfassende Konzeption für die Einführung von Studiengebühren im Jahr 2007 vorlegen.

Pro Semester werden die Studiengebühren 500 Euro betragen. Die Einnahmen aus diesen Gebühren gehen unmittelbar an die einzelnen Hochschulen. Sie sind ausschließlich für die Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen bestimmt. Das bedeutet, dass sie den Studierenden unmittelbar wieder zu gute kommen.

Niemand darf durch Studiengebühren von einem Studium abgehalten werden. Um die Gebühren zu zahlen, hat jeder Studierende Anspruch auf ein Darlehen, das erst

dann zurückgezahlt werden muss, wenn nach dem Abschluss des Studiums ein bestimmtes Einkommen erreicht wird.

Gegen die Einführung von Studiengebühren wird mitunter der Vorwurf erhoben, sie seien unsozial. Aber ist der bisherige Zustand etwa gerechter? Ist es gerecht, wenn die Krankenschwester mit ihren Steuern das Studium ihres zukünftigen Chefarztes finanziert? Wäre es nicht gerechter, wenn Akademiker einen kleinen Teil des erheblichen Einkommensvorsprungs, den sie durch ihr Studium erzielen, als Finanzierungsbeitrag an die Hochschule zahlen würden?

Die Landesregierung wird die Erhebung von Studiengebühren nicht zum Anlass nehmen, um die Zuschüsse für die Hochschulen zu senken. Ende 2006 läuft der so genannte Solidarpakt aus. Für die Zeit danach wird das Land mit den Hochschulen mehrjährige Verträge abschließen und damit die **Finanzierung** auf eine **verlässliche Grundlage** stellen.

Bildung und Wissenschaft sind eine Gemeinschaftsaufgabe der ganzen Gesellschaft. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass sich auch **private Geldgeber** an der Hochschulfinanzierung beteiligen. Jüngstes Beispiel für diese Form von Public Private Partnership ist die Zuwendung von 10 Mio. Euro durch Reinhold Würth an die Fachhochschule Heilbronn-Künzelsau.

Zu den Herausforderungen für die nächste Legislaturperiode gehört die **landesweite Hochschulentwicklung**. Wir streben eine noch stärkere Arbeitsteilung zwischen den Universitäten und auch zwischen den Fachhochschulen im Land an. Nur so kann in den einzelnen Forschungsbereichen jeweils eine „kritische Masse“ erreicht werden, die internationalen Ansprüchen genügt. Nur so kann der zu erwartende starke Anstieg bei den Studienberechtigten und der doppelte Abiturjahrgang 2012 bewältigt werden.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass es mit dem Bund zu einer schnellen Einigung über eine gemeinsame **Exzellenzinitiative zur Forschungsförderung** an den Hochschulen kommt. Auch der Pakt für Forschung und Innovation muss möglichst rasch umgesetzt werden.

Nach wie vor gibt es bei uns zu wenige Professorinnen. Die Landesregierung wird deshalb die bisherigen Maßnahmen der **Frauenförderung im Wissenschaftsbereich** weiterentwickeln. Ein besonderes Anliegen ist mir dabei auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Medienstandort Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist ein hervorragender **Medienstandort**. Wir werden alles tun, damit das auch in Zukunft so bleibt. Mit dem **Südwestrundfunk** verfügen wir über den zweitgrößten Sender der ARD. Der SWR gestaltet ein sehr erfolgreiches Hörfunk- und Fernsehprogramm und trägt in hohem Maße zur Landesidentität bei.

Wir stehen zum dualen System. Die **privaten Hörfunk- und Fernsehsender** leisten lokal, regional und landesweit einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt und zur Meinungsppluralität.

Die **Filmakademie** in Ludwigsburg und die **Popakademie** in Mannheim sind Ausbildungseinrichtungen, die bundesweit ihresgleichen suchen. Wir werden beide Akademien im engen Dialog mit der Film- und Musikbranche weiterentwickeln. Zusätzlich werden wir in Ludwigsburg eine **Akademie für Darstellende Kunst** gründen, in der Schauspieler für Film und Bühne in Kooperation mit anderen staatlichen Einrichtungen ausgebildet werden.

Wirtschaftsförderung

Neben der Forschungsförderung und dem Technologietransfer gehört auch die Wirtschaftsförderung zu den Aufgaben, bei denen Land und Kommunen einen wichtigen Beitrag zu leisten haben. Im Zentrum muss dabei die **Beratung und Betreuung der baden-württembergischen Unternehmen** stehen – bei Investitionen an den Standorten im Land, zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den Betrieben und bei der Erschließung ausländischer Exportmärkte.

Mit entscheidend für das künftige Wachstum unserer Unternehmen und der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg sind **günstige Finanzierungsbedingungen**. Baden-Württemberg ist einer der wichtigsten Finanzplätze Deutschlands: Wir haben unsere Position in den letzten Jahren nachhaltig ausgebaut. Die LBBW ist die ertragsstärkste Landesbank. Die Stuttgarter Börse ist die „Nummer zwei“ in Deutschland. Über 50 Prozent der Bausparfinanzierungen in Deutschland entfallen auf Bausparkassen aus Baden-Württemberg.

Das **dreigliedrige Bankensystem** entspricht in seiner Vielfalt und Struktur den Anforderungen unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft und den Bedürfnissen unserer Bürger.

Verkehrsinfrastruktur – Wachstum braucht Wege

Baden-Württemberg ist eines der am stärksten belasteten Transitländer Europas. Die Kosten für **Erhaltung und Ausbau der Straßen** übersteigen die zur Verfügung stehenden Mittel bei Weitem – und das seit Jahren. Die Folgen kennt jeder: Staus, Verspätungen, Stop-and-go-Verkehr in Ortsdurchfahrten, unvollendete Fernstraßen vor allem im südlichen Landesteil.

Bei Autobahnen und Bundesstraßen sind in Baden-Württemberg aktuell rund 30 Neu- und Ausbauprojekte mit einem Investitionsvolumen von über 1 Mrd. Euro planfestgestellt. Wenn wir diese Projekte auch nur annähernd abarbeiten wollten, müssten wir vom Bund 330 Mio. Euro pro Jahr bekommen. Aber: Der Bund stellt derzeit nur 174 Mio. Euro zur Verfügung. Die vom Bundeskanzler im März 2005 angekündigten Mittelaufstockungen reichen noch nicht einmal aus, um frühere Kürzungen im Bundesverkehrshaushalt auszugleichen. Dennoch bin ich bereit, aktiv an Lösungen mitzuarbeiten, die den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Bundesstraßen in Baden-Württemberg zum Ziel haben.

Dabei darf es keine Denkverbote geben. In einem ersten Schritt fordere ich den Bund dazu auf, weitere Strecken wie beispielsweise den dringend erforderlichen Ausbau der A 8 von Grubingen bis Hohenstadt und im weiteren Verlauf auf der Albhochfläche bis Ulm privat zu finanzieren. Der zweite Albaufstieg ist bereits seit Jahren für eine mautfinanzierte Lösung vorgesehen. Aber getan hat sich bisher wenig. Auch der dreispurige Ausbau der A 6 als zentrale Ost-West-Achse muss rasch vorangetrieben werden. Hier bietet sich wie auf der A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg eine Finanzierung nach dem A-Modell an, bei dem die private Vorfinanzierung aus der Verrechnung mit den Einnahmen aus der LKW-Maut gedeckt wird.

Langfristig werden wir jedoch nicht umhinkommen, die **Finanzierung des Bundesfernstraßenbaus** insgesamt auf ein nutzerbezogenes Modell **umzustellen** – also auf Maut oder übergangsweise auf Vignette. Der Weg, der mit der LKW-Maut gegangen wurde, muss konsequent fortgesetzt werden. Doch die Erhebung einer Straßenbenutzungsgebühr für PKW muss zwingend an zwei Bedingungen geknüpft werden:

Erstens: Die erzielten Einnahmen dürfen nicht im Bundeshaushalt versickern, sondern müssen ausschließlich für das Straßennetz eingesetzt werden. Ich favorisiere das in Österreich erfolgreich praktizierte **Modell einer privatrechtlichen Betreiber-gesellschaft** für die Straßen.

Und *zweitens:* Wenn wir von den Autofahrern eine Nutzergebühr verlangen, dann müssen wir sie bei der **Mineralölsteuer entlasten** und außerdem die **Kfz-Steuer abschaffen**.

Wir sind derzeit nur noch mit Hilfe von Sonderprogrammen in der Lage, Investitionen in unsere Landesstraßen aufrecht zu erhalten. Diese Programme bedeuten jedoch eine Verschiebung von Zahlungsverpflichtungen in die Zukunft. Das wollen wir ver-

meiden. Deshalb soll der **Landesstraßenbau** in Zukunft wieder ausschließlich über den Haushalt finanziert werden.

Der **ÖPNV** spielt für die Mobilität in Baden-Württemberg eine wichtige Rolle. Es gilt in den kommenden Jahren, den bundesweiten Spitzenplatz Baden-Württembergs auf diesem Gebiet zu halten. Wir müssen die zur Verfügung stehenden knappen Mittel möglichst effizient einsetzen. Darüber hinaus werden wir die verschiedenen Verkehrsverbände im Land besser miteinander vernetzen. Wir setzen dabei auf die Kooperation mit Kommunen und mittelständischen Busunternehmen.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sind von entscheidender Bedeutung für die Einbindung des Landes in das **europäische Hochgeschwindigkeits-Schiennetz** in der Achse Paris-Straßburg-Karlsruhe-München. Gleiches gilt für die Neubaustrecke Mannheim-Frankfurt, die Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofes sowie den weiteren Ausbau der Verbindung Karlsruhe-Basel.

Mit dem ersten Planfeststellungsbeschluss zu **Stuttgart 21** ist ein entscheidender Schritt getan worden. Wir stehen zu dem Vorfinanzierungsangebot des Landes. Im Gegenzug erwarten wir von der Deutschen Bahn und dem Bund, dass sie sich ebenfalls an die Abmachungen halten. Gegenüber der Bahn und dem Bund werden wir auf einen raschen Baubeschluss drängen. Vom Bund erwarten wir, dass er sich endlich um Fördermittel der EU für dieses wichtige Projekt bemüht.

Energiepolitik als Standortpolitik

Energiepolitik ist Standortpolitik. Die **Strompreise** in Deutschland sind – europaweit gesehen – viel zu hoch. Das schadet unserer Wirtschaft, und das merkt jeder Privathaushalt. Verantwortlich dafür ist vor allem die Bundesregierung. Ich sage nur „Öko-steuer“.

Solange Rot-Grün nicht von diesem Kurs abrückt, liegt die einzige Chance für eine Reduzierung der Strom- und Gaspreise in einer Intensivierung des Wettbewerbs. Letztlich haben die Verbraucher es in der Hand, ob sie zu günstigeren Anbietern wechseln.

Wir wollen große Energieversorger im Land halten. Und wir wollen Baden-Württemberg als **Kraftwerksstandort** für die Zukunft sichern. Nachdem sich die OEW auf unser Zuraten entschlossen hat, bei der EnBW die Parität zu halten, bleibt der Einfluss Baden-Württembergs auf die EnBW sicher groß genug, um bei vergleichbaren Kostenstrukturen Standortentscheidungen zu Gunsten des Landes zu erreichen.

Zur Sicherung des Energiestandorts Baden-Württemberg bin ich auch bereit, mit den Energieversorgern über den „Wasserpfeffig“ zu verhandeln.

Die Landesregierung bekennt sich zum **Energiemix**. Und sie bekennt sich auch zu den **erneuerbaren Energien**. Bis 2010 wollen wir ihren Anteil an der Stromerzeugung gegenüber dem Stand von 1997 verdoppeln (von knapp 6 Prozent auf über 11 Prozent). Einen Förderschwerpunkt setzen wir in den nächsten Jahren auf die **Geothermie**.

Der von der rot-grünen Bundesregierung verordnete Atomausstieg stellt eine schwere Belastung für eine zukunftsfähige Energiepolitik dar. Der Verzicht auf die Nutzung der Kernkraft macht den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke erforderlich. Das bedeutet: Mehr Kohlendioxid, mehr Luftschadstoffe, mehr Treibhauseffekt. Ein „Ausstieg vom Ausstieg“ wäre eine der wirkungsvollsten Maßnahmen für den Klimaschutz, die von deutscher Seite überhaupt denkbar sind.

Durch eine **Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke** könnten wir auch den zeitlichen und finanziellen Spielraum gewinnen, um verstärkt regenerative Energien zur Marktreife zu führen.

Das erste Kernkraftwerk in Baden-Württemberg, das von den Ausstiegsplänen der Bundesregierung betroffen ist, ist Obrigheim. Das Land wird die Bemühungen der Region um Projekte an diesem Standort unterstützen.

III. Familien stärken – Bildung und Betreuung ausbauen

Die Familie wird auch in Zukunft das Fundament unserer Gesellschaft bilden – als Quelle von Geborgenheit, als Ort von Lernerfahrungen, als Vermittlerin von Werten. Bei uns haben Familien Vorfahrt.

Politik für Familien und Kinder ist eine Aufgabe, die alle politischen Ebenen gleichermaßen betrifft: den Bund, das Land, die Kommunen. Deshalb hat die Landesregierung schon vor mehreren Jahren das Projekt „Kommunale Familienpolitik“ auf den Weg gebracht. Sein Ziel ist eine **Familienpolitik der kurzen Wege**: Lokale Netzwerke, wohnortnahe Hilfen, eine familienfreundliche Infrastruktur, Beratungsangebote, Betreuung, familienfreundliche Betriebe – all das sind Aufgaben, die am besten vor Ort in den Städten und Gemeinden gelöst werden können.

Darüber hinaus hat sich die Landesregierung erfolgreich für die Belange sozial schwacher Familien engagiert – wir werden das auch in Zukunft tun.

Aber wir wollen nicht beim Erreichten stehen bleiben. Wir werden unsere Familienpolitik konzeptionell fortentwickeln. Ich rege an, dass wir dazu eine **Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“** gründen. Ihr Ziel soll es sein, durch programmatische Projektförderung den Stellenwert von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft zu stärken. Sie könnte damit die bewährte Arbeit der Stiftung „Familie in Not“ ergänzen.

Außerdem wollen wir die **Familienleistungen bündeln** und überschaubarer machen.

Erklärtes Ziel unserer Familienpolitik ist es, **Eltern** zu helfen und sie zu **entlasten**: damit Familie eine Quelle von Freude und Lebenssinn ist; damit Kinder unbeschwert und sicher aufwachsen können; damit Familien in unserer Gesellschaft wieder stärker Geltung erlangen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich das Familienleben gewandelt hat. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu; die Zahl der Kinder geht zurück. Das ist die Realität. Man muss dies nicht unbedingt gut finden – aber man muss sich dem stellen. Wir entwickeln Konzepte, die der **veränderten Lebenswirklichkeit von Familien** gerecht werden.

Viele gut ausgebildete Frauen zögern mit der Entscheidung für ein Kind, weil sie Angst haben, dass sie Familie und Beruf nicht miteinander vereinbaren können. Viele Familien können auf ein zweites Arbeitseinkommen nicht verzichten. Diesen Frauen und ihren Familien müssen wir helfen. Ein Schlüssel zur Verbesserung dieser Vereinbarkeit ist der **Ausbau der Betreuung für Kinder aller Altersgruppen**.

Eltern brauchen Wahlfreiheit. Sie entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder ob sie sie von anderen betreuen lassen wollen. Wir müssen auch die Benachteiligungen derjenigen Familien ausgleichen, die – zumindest in den ersten Lebensjahren des Kindes – keine außerhäusliche Betreuung in Anspruch nehmen. Mit dem Landeserziehungsgeld unterstützen wir gerade die Wahlfreiheit sozial schwacher Familien.

Neue Wege in Bildung und Betreuung

Bildung und Betreuung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Es geht um das Wichtigste, nämlich die Zukunft unserer Kinder.

- Bildung ist Voraussetzung für Arbeit.
- Bildung ist eine Quelle für Innovation, Qualität und Fortschritt.
- In die Köpfe der Menschen investieren heißt: In die Zukunft investieren.

Weil Bildung und Betreuung zusammengehören, streben wir eine **stärkere Verknüpfung zwischen Betreuungssystem und Schule** an. Ich beabsichtige, die Zuständigkeit für Kindergärten und vorschulische Bildung an das Kultusministerium zu übertragen. Im Gegenzug werden wir die Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit beim Sozialministerium bündeln.

Beim Thema „Bildung und Betreuung“ brauchen wir die **Aufgabenpartnerschaft von Land, Kommunen, Kirchen und freien Trägern.**

Im Grundsatz trägt das Land Verantwortung für die Bildung, und die Kommunen tragen Verantwortung für die Betreuung. Doch die Grenzen sind fließend. Schon im Mai werden wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden treffen. Mir geht es um die Übereinstimmung beim Konzept, bei der Aufgabenträgerschaft und bei der Finanzierung. Ich will eine **faire Kosten- und Aufgabenteilung**. Und ich will mich mit den Kommunen nicht um Rechtsstandpunkte streiten, sondern um das Beste für unsere Kinder. Meine Devise heißt: Enge Kooperation zwischen Schulen, Kindergärten und Betreuungskräften vor Ort, Klarheit und Verlässlichkeit bei der Finanzierung auf Landesebene.

Wir wollen die Gespräche zu Bildung und Betreuung bis zum Herbst abschließen und dann die notwendigen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen. Alle weiteren Punkte nehmen wir uns alsbald für den Beginn der neuen Periode vor.

Wir werden diese Gespräche in der Finanzverteilungskommission führen. Sie soll künftig gestärkt und mit einer erweiterten Aufgabenstellung *der Ort* für die **vertrauensvolle Zusammenarbeit von Land und Kommunen** werden.

Mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ hat das Land bereits einen wichtigen Beitrag zum bedarfsgerechten **Ausbau der Kleinkinderbetreuung** in Krippen, Kindergärten und durch Tagesmütter geleistet. Doch wir sind noch längst nicht am Ziel. Wir werden sicherstellen, dass in den Kommunen die notwendigen Feststellungen des Bedarfs und der Ausbaustufen für die Kleinkindbetreuung entsprechend den bundesgesetzlichen Vorgaben erfolgen. Und wir wollen in Abstimmung mit den Kommunen und den Verbänden das Kindergartengesetz entsprechend anpassen.

Wir werden uns nochmals mit den gemeindeübergreifenden Einrichtungen befassen. Ich setze auf eine einvernehmliche Lösung zwischen Kommunen und freien Kindergartenträgern. Sollte das allerdings nicht möglich sein, so wird der Landtag seiner Gesamtverantwortung nachkommen müssen.

Die alte Landesregierung hat in den letzten Wochen ein **Programm zur vorschulischen Sprachförderung** auf den Weg gebracht. Dieses Sprachförderprogramm leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Schulreife von Kindern – vor allem von Kindern, die aus dem Ausland kommen. Wir werden das Programm in den nächsten Monaten umsetzen und beobachten, wie die Resonanz darauf ist.

Darüber hinaus möchte ich eine breite Diskussion über den **Bildungsauftrag des Kindergartens** anstoßen. Der Kindergarten ist nicht nur für die Betreuung da. Zu seinen Aufgaben gehört es auch, die Kinder frühzeitig an die Anforderungen der Schule heranzuführen. Wie dies geschehen soll, werden wir im „**Orientierungsrahmen für Bildung und Erziehung**“ festlegen, der im Sommer vorgelegt wird.

Nach allen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie ist für Kinder das Lernen in frühen Jahren besonders wichtig. Deshalb müssen wir alles tun, um einen frühen und reibungslosen Eintritt in die Grundschule zu gewährleisten.

Unter der Überschrift „**Konzept Schulreifes Kind**“ möchte ich dazu Folgendes zur Diskussion stellen: Alle Kinder nehmen im letzten Jahr vor dem Schuleintritt an einem besonderen pädagogischen Angebot teil, das auf die Erlangung der Schulreife ausgerichtet ist. Das pädagogische Angebot umfasst etwa acht Wochenstunden und soll von den örtlichen Kindergärten in Kooperation mit den Grundschulen umgesetzt werden. Da die Teilnahme verpflichtend sein soll, müssten an diesem Programm auch solche Kinder teilnehmen, die ansonsten keinen Kindergarten besuchen.

Die acht Wochenstunden sollen zum Teil von den Erzieherinnen der jeweiligen Kindergärten, zum Teil aber auch von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern erbracht werden. Diese personelle Verzahnung hätte für die Kinder den großen Vorteil, dass sie allmählich an die Schule herangeführt würden.

Den Eltern würden dabei keine zusätzlichen Kosten entstehen. Zur Finanzierung des Konzepts „Schulreifes Kind“ wäre ich bereit, Ressourcen aus dem Schulbereich zur Verfügung zu stellen.

Die Landesregierung wird dieses Konzept „Schulreifes Kind“ ausarbeiten und möglichst bald mit den Kommunalen Landesverbänden und weiteren gesellschaftlich beteiligten Gruppen eine breite Diskussion darüber führen.

Auch im schulischen Bereich brauchen wir verstärkt Angebote zur Ganztagsbetreuung. Der erste Schritt auf diesem Weg war die Schaffung von Ganztagschulen an sozialen Brennpunkten. Diese Entscheidung war absolut richtig. Zwischenzeitlich wurde das Angebot über die Brennpunktschulen hinaus schrittweise ausgeweitet. Heute geht es darum, ein **flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagschulen** zu schaffen und die Ganztagschule **konzeptionell weiterzuentwickeln**.

Schule, Bildung und Betreuung – das sind nicht nur **Aufgaben** des Staates, sondern **der ganzen Gesellschaft**. Unser Ziel ist es, Vereine, Verbände und Kirchen in die Ganztagsbetreuung zu integrieren. An vielen Schulen geschieht das heute schon. Wir wollen unsere Schulen für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter öffnen. Sie sollen nach einer entsprechenden Schulung und Qualifizierung als „**Jugendbegleiter**“ in der Ganztagsbetreuung mitarbeiten können.

Wir bekommen so eine neue Qualität der **Integration von Schule und Gesellschaft**. Von einer „Entprofessionalisierung der Betreuung“ kann dabei keine Rede sein. Im Gegenteil:

- Wer als Übungsleiter im Sport junge Menschen zu Höchstleistungen anspricht, ihnen Freude und Disziplin vermittelt;
- wer als Gruppenleiterin im kirchlichen Bereich Kinder und Jugendliche zur Reflexion über ihr Leben anregt;
- wer als Musiker eine Band auf die Beine stellen kann oder aus 50 Einzelstimmen einen Chor formt ...

... wer all das kann, der hat mit Sicherheit auch die nötige Professionalität und das Talent, um sich als „Jugendbegleiter“ in einer Ganztagschule zu bewähren. Der Staat und die Schulen wären schlecht beraten, wenn sie diese Talente in der Mitte unserer Gesellschaft nicht nutzen und fördern würden!

In unserem Land gibt es auch viele rüstige Senioren, Väter und Mütter, die sich mit ihrem Können, vor allem aber mit ihrer Lebenserfahrung und mit ihrer Persönlichkeit in schulische Projekte einbringen wollen. Wir laden sie alle ein, dies auch zu tun!

Die neuen Ganztagsschulen sind offene Angebotsschulen. Das heißt: Die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung an diesen Schulen ist keinesfalls verpflichtend. Wir werden die Freizeit junger Menschen nicht verstaatlichen und wir werden sie auch nicht verschulen.

Unsere Ganztagsschulen haben einen **hohen pädagogischen Anspruch**. Deshalb werden wir den Menschen, die sich hier engagieren möchten, eine entsprechende Schulung anbieten. Im Sport gibt es den Übungsleiterschein, für den man sich qualifizieren muss, bevor man mit Kindern und Jugendlichen arbeiten darf. Wir werden ein ähnliches Modell für diejenigen entwickeln, die ehrenamtlich in Ganztagsschulen mitarbeiten wollen. Bei der Honorierung dieser „Jugendbegleiter“ werden wir uns an der Übungsleiterpauschale im Sport orientieren.

Das Land ist zu einer maßgeblichen Beteiligung an den Kosten dieser Betreuung bereit. Wir werden dies im Einzelnen mit den Kommunalen Landesverbänden verhandeln.

Wir planen, mit den Verbänden der Ehrenamtlichen und mit anderen interessierten Organisationen, beginnend mit dem Sport, nach und nach Rahmenvereinbarungen abzuschließen, die dann vor Ort mit Leben erfüllt werden können.

Wir werden diese offene Ganztagsschule als Modell schrittweise in allen Schulformen und im ganzen Land einführen. Nach drei Jahren lassen wir es durch Fachleute evaluieren und ziehen Bilanz.

Unabhängig von diesem neuen Ganztagsschulkonzept werden wir auch weiterhin die Zahl der so genannten **Brennpunktschulen in Ganztagsform** erhöhen.

In vielen Schulen und Gemeinden des Landes gibt es derzeit große Enttäuschung über die Umsetzung des „Investitionsprogramms Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) der Bundesregierung. Die Zahl der Anträge übersteigt die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel bei weitem. Hierzu sage ich in aller Klarheit: Als Landesregierung lassen wir uns nicht für die Fehlkalkulationen der Bundesregierung verantwortlich machen.

Was wir jetzt brauchen, ist eine pragmatische Lösung im Interesse der Kinder und ihrer Eltern und auch im Interesse der Gemeinden. Nachdem der Bund mit seinem Programm vor Ort so hohe Erwartungen geweckt hat, muss er diese nun erfüllen und auch Mittel nachlegen. Wir fordern den Bund auf, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen, die in anderen Ländern nicht gebraucht werden. Falls dies nicht ausreicht, muss der Bund sein Programm aufstocken, um die von ihm selbst geweckten Erwartungen zu erfüllen. Wenn der Bund uns aber im Stich lassen sollte, sind wir grundsätzlich bereit, mit den Kommunen über andere Lösungswege zu verhandeln.

Wir stehen mit unseren Schulen in allen Vergleichen hervorragend da. Die internationale Grundschul-Leseuntersuchung – kurz IGLU –, aber auch die Regionalauswertung der PISA-Studie zeigen, wie wichtig eine **Evaluierung von Bildungsstandards** und eine **nachhaltige Lernkultur** sind.

Wichtig ist für mich auch die **musische Bildung** unserer Kinder und Jugendlichen. Kreativität, Spontaneität, emotionale Intelligenz, soziale Kompetenz – das sind wesentliche Faktoren für die Entwicklung der Persönlichkeit.

Unsere besondere Sorge gilt der **Hauptschule**. Was wir brauchen, ist eine stärkere Profilierung des Berufsbildes des Hauptschullehrers. Bei der **beruflichen Bildung** bekennen wir uns zu den bewährten Formen des dualen Systems, die wir in Zukunft beibehalten und weiterentwickeln werden.

Die Landesregierung wird die Arbeit der **Privatschulen** noch mehr als bisher unterstützen. Wir werden das bisherige Zuschussmodell durch ein Bruttokostenmodell ablösen. Dabei strebe ich an, in den nächsten Haushalten die Landeszuschüsse in Stufen auf etwa 80 Prozent anzuheben.

Erfolge in der Bildungspolitik haben viele Ursachen. Ich möchte heute eine besonders herausstellen: **unsere engagierten Lehrerinnen und Lehrer**. So wäre es ohne ihre Leistung nicht möglich gewesen, die Einführung der Grundschulfremdsprache, die Umstellung auf den achtjährigen gymnasialen Bildungsgang und die Einführung der neuen Bildungspläne so schnell, geräuschlos und erfolgreich umzusetzen.

Wir haben auf steigende Schülerzahlen reagiert und in der Zeit zwischen 1991 und 2006 über 11.500 neue Lehrerstellen geschaffen. Ein Kraftakt für die **Unterrichtsversorgung**, um den uns andere Länder nur beneiden können.

Genau so umsichtig und verantwortungsvoll werden wir in den kommenden Jahren Konsequenzen aus den rückläufigen Schülerzahlen ziehen und sukzessive Lehrerstellen abbauen. Wir werden allerdings nicht alle frei werdenden Lehrerstellen einsparen, sondern einen Teil der Mittel für den Ausbau von Ganztagschulen und für die Stärkung des vorschulischen Bereichs einsetzen.

Zur Entlastung der Schulleitungen und der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben werden wir im Rahmen eines Modellversuches so genannte **Schulassistenten** einsetzen. Wenn bisherige Anrechnungen für Verwaltungsaufgaben von Lehrern wegfallen, erhalten wir dafür den finanziellen Spielraum.

Baden-Württemberg ist ein Bildungs- und zugleich ein Hochtechnologiestandort. Ein Beispiel dafür ist ein Modellversuch in Stuttgart, bei dem Schülerinnen und Schüler über Notebooks und einen drahtlosen Internetzugang auf eine **elektronische Lernplattform** zugreifen können.

IV. Innere Sicherheit – schlanker Staat

Diese Landesregierung steht für einen schlanken und zugleich starken Staat.

- Wir dulden keine Parallelgesellschaften.
- Bei uns haben Extremisten keine Chance.
- Die Bürger wollen Sicherheit. Danach handeln wir.

Baden- Württemberg gehört seit Jahren zu den sichersten Ländern Deutschlands – und wir werden alles tun, damit das auch in Zukunft so bleibt.

Wir haben uns nie von einer „Multi-Kulti-Euphorie“ einlullen lassen, sondern wir haben klare Regeln: Wer auf Dauer bei uns leben möchte, muss die Grundregeln des Zusammenlebens akzeptieren. Dazu gehören die Achtung der Grund- und Menschenrechte, die Befolgung der geltenden Gesetze, die Gleichberechtigung der Frau und der Respekt vor den religiösen Überzeugungen der übrigen Mitbürger. Dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache als Grundvoraussetzung für jede Integration.

Wir haben Respekt vor den kulturellen Wurzeln und Glaubensüberzeugungen eines jeden Menschen, der friedlich bei uns leben will. Aber wir werden auch in Zukunft nicht akzeptieren, dass Religion für extremistische Zwecke missbraucht wird. Wir dulden keine Gewalttäter und Hassprediger in unserem Land.

Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden in der **Be-kämpfung des islamistischen Terrorismus**. Auch in Zukunft werden Polizei und Verfassungsschutz diesen Gruppen mit einem hohen Fahndungsdruck begegnen. Unser Land darf kein Ruheraum und schon gar kein Aktionsfeld für Extremisten werden!

Wir werden die entsprechenden Expertenstellen erhalten und nötigenfalls auch aufstocken.

Auch bei der **Jugendkriminalität** werden wir nicht wegschauen. Die Landesregierung wird dafür sorgen, dass Jugendliche die Folgen eines Rechtsverstoßes frühzeitig zu spüren bekommen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen!

Im Jugendstrafrecht wird sich das Land für eine Erhöhung der Höchststrafe auf 15 Jahre einsetzen. Ebenso für die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende. Bei schwersten Straftaten – ich denke etwa an den schrecklichen

Mord zur Faschingszeit in Irndorf – muss auch die Anwendung einer Sicherungsverwahrung gegen Jugendliche und Heranwachsende möglich sein.

Die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, ein guter Opferschutz, ein konsequentes Vorgehen gegen den Rechtsextremismus sowie die Bekämpfung der Straßenkriminalität sind weitere **Schwerpunkte unserer Sicherheitsarbeit**.

Die Spätaussiedler, die bis Anfang der 90er Jahre zu uns kamen, waren fleißig und ehrgeizig. Die meisten von ihnen haben sich rasch integriert und sind heute eine wertvolle Bereicherung für unsere Gesellschaft.

Das gilt auch für viele, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind. Trotzdem ist offenkundig, dass in dieser Gruppe das Bildungsniveau und die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu lernen, wesentlich niedriger sind als in früheren Jahren. Erschwert wird die Integration dieser Menschen oft auch durch die Ansiedlung in großen geschlossenen Siedlungen.

Diese Faktoren haben mit dazu beigetragen, dass die **Kriminalität unter jugendlichen Spätaussiedlern** in einzelnen Landesteilen zu einem ernst zu nehmenden Problem geworden ist.

Die Landesregierung sieht dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Wir werden unsere Integrationsanstrengungen weiter intensivieren. Aber Integration ist keine Einbahnstraße. Es gibt auch eine Bringschuld der Zuwanderer. Wo Integration und Prävention nichts fruchten, setzen wir verstärkt auf polizeiliche Maßnahmen.

In der polizeilichen Brennpunktarbeit hat sich der Einsatz spezieller Jugendsachbearbeiter bewährt. Ich werde dafür sorgen, dass die Polizei im Rahmen der Personaleinsatzplanung und durch Streckung von Stellenstreichungen **mehr Jugendsachbearbeiter** für die Bekämpfung der Aussiedlerkriminalität bereitstellen kann.

Die Polizeibeamten leisten hervorragende Arbeit für die Sicherheit in unserem Land. Und das unter oft schwierigen Rahmenbedingungen. Dafür danke ich ihnen herzlich.

Wir wollen die **Polizeiarbeit** künftig noch **stärker operativ** ausrichten. Das heißt konkret: Entlastung von Verwaltungsaufgaben; mehr Zeit für die Arbeit am Fall; mehr Präsenz vor Ort. Dies setzt voraus, dass wir die administrativen Strukturen und Abläufe vor allem in den Stabseinheiten verschlanken, Doppelstrukturen abbauen und - entsprechend dem Grundsatz der Verwaltungsreform - die Verantwortung mehr auf die untere Ebene verlagern. Wir müssen auch die innere Sicherheit vom Bürger her denken.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage kann Wünschenswertes und selbst manch Notwendiges nicht mehr zusätzlich finanziert werden. Trotzdem werden wir die Mittel für die Polizeiarbeit in der nächsten Legislaturperiode nicht kürzen. Wir bieten der Polizei einen „**Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg**“ an. Konkret heißt das, dass sie die Mittel für eine leistungsgerechte Personalentwicklung und für Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung durch eigene Reformen selbst erwirtschaften kann. Über die so gewonnenen Ressourcen soll die Polizei dauerhaft verfügen können.

Die Landesregierung wird ab 2006 nach Art eines „atmenden Stellenplans“ schrittweise eine **verlässliche Karriereentwicklung** im Polizeibereich ermöglichen. Damit wollen wir – insgesamt haushaltsneutral – weg von starren Stellenplänen und hin zu berechenbaren und leistungsgerechten Beförderungsmöglichkeiten kommen. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode dort beginnen, wo es am notwendigsten ist – nämlich bei den Polizeibeamten des mittleren Dienstes.

Darüber hinaus werde ich dafür sorgen, dass noch in diesem Jahr das W8-Programm für die kommende Legislaturperiode verlängert wird. Der Stellenanteil des gehobenen Dienstes wird entsprechend erhöht.

Außerdem werden wir notwendige **Investitionen für eine zukunftsfähige Polizei** tätigen. Dies gilt insbesondere für die Einführung des Digitalfunks sowie moderner Informations- und Kommunikationstechnik.

Die Polizei als „Freund und Helfer“ wird in der Landesregierung einen Freund und Helfer finden!

In der **Ausländerpolitik** wird die Landesregierung auch in Zukunft eine zweigleisige Strategie fahren: Wir fördern – und fordern – die **Integration** derjenigen Ausländer und Zuwanderer, die sich legal und auf Dauer bei uns aufhalten. Wir alle – das Land, die Gemeinden und die Gesellschaft – müssen unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet noch weiter verstärken.

Baden-Württemberg war und ist ein weltoffenes Land. Wir haben in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir zur Integration fähig und bereit sind: Viele Hunderttausend Vertriebene, Spätaussiedler und Gastarbeiter haben bei uns eine neue Heimat gefunden.

Auch in Zukunft gilt: Wer legal zu uns kommt; wer unsere Grundwerte und Gesetze achtet; wer bereit ist, unsere Sprache zu lernen, ist uns willkommen. Gleichzeitig wird die Landesregierung ihre bisherige Linie beibehalten und alle ausreisepflichtigen Ausländer, also auch abgelehnte Asylbewerber, konsequent und zügig abschieben. Dies gilt vor allem dann, wenn Sicherheitsinteressen unserer Bürger berührt sind. An dieser Politik wird auch die neue Härtefallkommission nichts ändern.

Es ist vor allem auch unserer Initiative zu verdanken, dass das Zuwanderungsgesetz jetzt ein schärferes Instrumentarium zur **Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer** enthält. Wir werden diese Möglichkeiten konsequent nutzen und insbesondere Schleuser, Sicherheitsgefährder und Hassprediger konsequent verfolgen und abschieben.

Sollten diese Instrumente nicht ausreichen, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen und einfordern. Etwa die Einrichtung von Ausreisezentren, in denen ausreisepflichtige Ausländer zentral zusammengezogen werden, um ihr Untertauchen zu verhindern. Oder die Einführung einer Beugehaft, wenn Ausländer ihren Mitwirkungspflichten z.B. bei der Passbeschaffung nicht nachkommen. Wenn gefährliche Extremisten aus zwingenden Gründen nicht abgeschoben werden können, muss auch die Möglichkeit einer Sicherungshaft geprüft werden.

Haushalt sanieren – Aufgaben abbauen

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland haben über die Verhältnisse gelebt. Die wichtigste nachhaltige Verbesserung, die wir in den nächsten Jahren zu bewältigen haben, ist die **Reduzierung der Neuverschuldung!** Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Nettoneuverschuldung darf nicht aufgegeben werden. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern von Baden-Württemberg und insbesondere auch der jungen Generation schuldig!

Die Rahmenbedingungen dafür sind leider nicht besonders günstig: Gestern haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem **Frühjahrgutachten** die Wachstumsprognosen der Bundesregierung deutlich nach unten korrigiert. Während die Bundesregierung derzeit noch an ihrer Wachstumserwartung von 1,6 Prozent festhält, gehen die Institute nur noch von 0,7 Prozent Wachstum aus. Dies ist erneut ein verheerendes Signal und lässt für die Mai-Steuerschätzung nichts Gutes erwarten. Bei einer überschlägigen Berechnung würde die reduzierte Wachstumsannahme der Institute allein in diesem Jahr für Baden-Württemberg Steuerminder-einnahmen von über 160 Mio. Euro verursachen. Wir werden das Ergebnis abwarten müssen. Möglicherweise werden wir uns für eine restriktive Haushaltsführung entscheiden müssen – bis hin zu einer **Haushaltssperre und Teilsperren von Förderprogrammen**. Auf keinen Fall werden sich neue Spielräume ergeben. Unser Ziel bleibt, weitere Steuerausfälle ohne neue Schulden zu kompensieren.

Ohne höheres Wirtschaftswachstum ist eine nachhaltige Konsolidierung des Haushalts nicht möglich. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir die begonnenen Maßnahmen zum Aufgaben- und Bürokratieabbau fortführen. Erst wenn wir uns von weiteren Aufgaben verabschiedet haben, gewinnen wir Spielraum für einen durchgreifenden Personalabbau.

Genauso unerlässlich ist eine **wirksame Reform des Länderfinanzausgleichs**: Seit 1950 hat Baden-Württemberg mehr als 50 Mrd. Euro in den Finanzausgleich eingezahlt. Ohne diese Zahlungen wären wir heute schuldenfrei. Aber trotz dieses gewaltigen Transfers stehen die Empfängerländer heute nicht besser da.

Wir werden im kommenden Jahr die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs sorgfältig analysieren. Wir werden alle verfassungsrechtlichen Ansatzpunkte überprüfen. Und wir werden unter den übrigen Ländern nach Verbündeten suchen. Auf dieser Grundlage ist dann zu entscheiden, ob wir mit einer erneuten Klage gegen den Länderfinanzausgleich vor das Bundesverfassungsgericht ziehen werden.

Auch andere Ausgleichssysteme, etwa im Sozialbereich, müssen kritisch überprüft werden.

Die größte Belastung für die öffentlichen Haushalte sind die explodierenden Personalkosten – insbesondere im Bereich der Versorgung.

Tatsache ist: Wir können unsere Haushaltsprobleme ohne einen weiteren **Personalabbau** nicht lösen. Im Bereich der Lehrerschaft eröffnen die rückläufigen Schülerzahlen ab dem Jahr 2007 einen gewissen Spielraum für Stellenstreichungen. Aber auch darüber hinaus werden weitere Schritte notwendig sein. Ich nenne hier nur die von der Bundesregierung geplante Übertragung des Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetzes auf die Beamten.

Zu einer Reduzierung der Personalkosten könnte auch ein verbessertes **ressort- und verwaltungsübergreifendes Personalmanagement** beitragen. Wir werden die Möglichkeiten zum Aufbau eines entsprechenden Personalpools überprüfen.

Lassen Sie mich auch ein offenes Wort zur **Vergütung und Altersversorgung von Regierungsmitgliedern** sagen. Was die aktiven Amtsbezüge angeht, werden wir in Baden-Württemberg unserem Ruf besonderer Sparsamkeit in vorbildlicher Weise gerecht: Bei der Höhe der Bezüge liegen unsere Minister im Vergleich mit den übrigen alten Ländern auf dem letzten Platz. Und auch bei der Mindestamtszeit für Ruhegehaltsansprüche legt kein Land einen strengeren Maßstab an als wir.

Dennoch sehe ich Reformbedarf. Wir sollten gemeinsam überlegen, ob es sinnvoll ist, die Ruhegehälter abzusenken und gleichzeitig die Aktivbezüge zu erhöhen. Dadurch könnten Politiker in die Lage versetzt werden, sich selbst eine private Altersversorgung aufzubauen. Im Gegenzug könnten die Ausgaben des Landes für ihre Ruhestandsbezüge auf Dauer gesenkt werden.

Dies ist jedoch kein Thema für eine parteipolitische Auseinandersetzung. Ich werde deshalb Partei übergreifend in der Ministerpräsidentenkonferenz für eine stimmige Gesamtreform des Systems der Aktiv- und Versorgungsbezüge werben.

Grundsätzlich steht die Landesregierung der **Privatisierung von Landesbeteiligungen** positiv gegenüber. Wer Beteiligungen verkaufen will, muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass man ein Sparschwein nur einmal „schlachten“ kann. Deshalb kommen Privatisierungen für uns nur dann in Betracht, wenn dies struktur- und ordnungspolitisch sinnvoll erscheint und ein nachhaltiger Nutzen für das Land zu erwarten ist. Konkret sind wir zurzeit dabei, die 100-prozentige Beteiligung des Landes an der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH und die bei der Landesstiftung liegende Beteiligung an den Schwäbischen Hüttenwerken zu veräußern.

Die Landesregierung treibt nicht nur die Privatisierung von Beteiligungen voran, sondern strebt auch innerhalb der Verwaltung Privatisierungsmaßnahmen an. Im Rahmen eines Pilotprojektes werden wir die Verwertung landeseigener Immobilien an eine **privatrechtlich organisierte Immobiliengesellschaft** übertragen. Auch dabei hat die Wirtschaftlichkeit für das Land oberste Priorität. Wir werden die Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke an eine solche Immobiliengesellschaft – angestrebt sind mindestens 300 Mio. Euro – in vollem Umfang zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwenden. In diesem Zusammenhang werden wir auch prüfen, ob im Rahmen dieser Privatisierungsmaßnahme Effizienzgewinne im Bereich des Landesbetriebs „Vermögen und Hochbau Baden-Württemberg“ realisiert werden können.

Wir haben außerdem die Absicht, das Amt des Gerichtsvollziehers in einen privatbürgerlichen Beruf zu überführen. Zur Zukunft der Notariate werden wir das abschließende Urteil des Europäischen Gerichtshofes abwarten und dann in einer kleinen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen die Möglichkeiten einer stärkeren Privatisierung diskutieren.

Angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte müssen wir auch verstärkt über alternative Finanzierungsinstrumente nachdenken. Eines davon ist die so genannte **Public Private Partnership**, PPP, die in Deutschland bisher vor allem auf kommunaler Ebene praktiziert wird. Typische Einsatzgebiete sind Projekte in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Gebäudewirtschaft. Die Regierungsfractionen haben sich darauf verständigt, im Jahr 2005 mindestens ein PPP-Betreiberobjekt umzusetzen, sofern dies wirtschaftlich ist.

So bin ich grundsätzlich offen für die modellhafte Einbeziehung privater Partner beim Betrieb des nicht-hoheitlichen Bereichs der neuen Justizvollzugsanstalt Offenburg.

Ebenso aufgeschlossen stehe ich auch dem Vorschlag gegenüber, die Landesministerien im Rahmen eines PPP-Projekts in einem gemeinsamen Gebäudekomplex zu konzentrieren. Wir werden diesen Vorschlag schnellstmöglich auf seine Wirtschaftlichkeit überprüfen und dann entscheiden, was für das Land am günstigsten ist.

Ich werde mich in Fortsetzung der Verwaltungsreform für einen umfassenden Aufgaben- und Bürokratieabbau einsetzen. Was wir brauchen, ist ein Staat, der sich auf diejenigen Kernaufgaben konzentriert, die die Bürger und die Wirtschaft nicht allein lösen können. Hierzu ist eine konsequente **Aufgabenkritik** notwendig.

Sie erinnern sich vielleicht noch an die unsägliche Debatte über die Frage, ob Taxis auch eine andere Farbe haben dürfen als Elfenbein-Weiß. So lange man sich bei uns in Deutschland mit solchen Fragen aufhält, so lange haben wir nicht zu wenig, sondern zu viel Staat.

Allerdings sollten wir uns als Bürgerinnen und Bürger auch einmal selbstkritisch fragen, ob wir nicht manchmal durch eine gewisse „Vollkaskomentalität“ zum Wildwuchs der Bürokratie beitragen.

Die Landesregierung setzt sich aktiv für die **Deregulierung** ein. Mit dem Ombudsmann haben wir ein Modell gefunden, wie wir den Aufgaben- und Bürokratieabbau weiter voranbringen können.

Bürokratieabbau und „schlanker Staat“ heißt für mich auch, dass wir – wo immer dies möglich ist – **auf die Eigenverantwortung der Bürger vertrauen** statt auf staatliche Reglementierung. Ein Beispiel dafür ist für mich das Gaststättenrecht. Wir werden dafür sorgen, dass die Sperrstunde während der Fußballweltmeisterschaft 2006 landesweit komplett aufgehoben wird. Nach den gewonnenen Erfahrungen werden wir die Sperrzeiten generell so weit wie möglich lockern.

Der **Öffentliche Dienst** in Baden-Württemberg leistet sehr gute Arbeit. Ein Beispiel: Baden-Württemberg weist bundesweit die geringste Richterdichte auf, hat aber dennoch die kürzeste Verfahrensdauer und nimmt einen Spitzenplatz bei den Erledigungszahlen ein – und das bei einer der höchsten Pro-Kopf-Belastungen im Bundesdurchschnitt. Hierfür danke ich stellvertretend unseren Staatsanwälten, Richtern und Justizbediensteten sehr herzlich!

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte zur Konsolidierung des Landeshaushalts hinnehmen müssen. Für das künftige Miteinander von Beschäftigten und Landesregierung sind mir deshalb zwei Dinge besonders wichtig: **Vertrauen und Dialog**.

Erstens: Dialog bedeutet für mich, dass ich das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesverwaltung, ihren Personalvertretungen und Gewerkschaften suchen werde. Denn ich kann nicht ausschließen, dass auch in Zukunft im Bereich des Öffentlichen Dienstes schwierige Entscheidungen zu treffen sein werden.

Zweitens: Vertrauen bedeutet für mich auch Offenheit für **neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung**, die in der Wirtschaft bereits mit Erfolg eingesetzt werden. Ziel ist es, durch intelligente Arbeitszeitmodelle vor allem Frauen die Chance zu bieten, Kinderbetreuung und Berufstätigkeit besser miteinander zu vereinbaren.

Drittens: Gute Arbeit verdient auch eine **leistungsgerechte Bezahlung**. Hier müssen wir im Dialog mit dem Beamtenbund und den Gewerkschaften zu angemessenen Lösungen kommen, die den Interessen beider Seiten gerecht werden.

Viertens: Zur Offenheit gehört immer auch Ehrlichkeit. – Zum Beispiel beim Thema **Altersvorsorge** im öffentlichen Dienst. Private Eigenvorsorge wird immer wichtiger. Die Landesregierung wird deshalb prüfen, ob die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Förderung der privaten Altersvorsorge nicht die gleichen Möglichkeiten erhalten sollen wie die Beschäftigten im privaten Bereich.

Wir müssen uns in Deutschland endlich wieder auf die Grundzüge unserer bundesstaatlichen Ordnung zurückbesinnen: Vorfahrt für kleine Einheiten; Aufbau des Staates von unten nach oben; klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für alle Entscheidungsebenen von der Gemeinde bis zur EU.

Der Bund hat mehr und mehr Kompetenzen an sich gezogen und die Länder entmündigt. Die **Föderalismusreform** ist zunächst gescheitert, weil der Bund den Ländern Freiheit zur eigenen Gestaltung verweigert. Dagegen müssen die Länder sich wehren – auch und gerade im Interesse der Landtage. Baden-Württemberg steht für einen neuen Anlauf bereit. Aber der Bund muss sich aus der Bildungspolitik stärker zurückziehen und darf nicht zusätzliche Kompetenzen fordern.

Politik bedeutet Gestaltung. Dort, wo wir **Gestaltungsfreiheit** haben, machen wir es besser als fast alle anderen Länder. Dort, wo wir bisher keine Gestaltungsfreiheit haben, haben wir genug Selbstbewusstsein, größere Spielräume einzufordern. Wir sind überzeugt, dass wir unsere Angelegenheiten in eigener Verantwortung am besten in den Griff bekommen

Wir brauchen eine **konsequente Subsidiaritätskontrolle** sowohl gegenüber Brüssel wie auch gegenüber Berlin. Bei jeder Initiative der Europäischen Kommission, aber auch bei jedem Gesetzentwurf und bei jeder Finanzierung des Bundes ist zu prüfen, ob hierfür überhaupt eine Kompetenz gegeben ist. Wir müssen den Mut haben, unsere Zuständigkeiten einzufordern.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Kommunen auch in Zukunft sichern. Dazu benötigen wir eine **grundlegende Neuordnung der Gemeindefinanzen** und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Dies kann nur durch einen grundlegenden Systemwechsel erreicht werden. Aus meiner Sicht wäre es daher folgerichtig, die Städte und Gemeinden nicht nur an der Einkommensteuer, sondern auch an der Körperschaftssteuer zu beteiligen und mit einem Zuschlagsrecht darauf auszustatten. Damit könnte die Gewerbesteuer abgeschafft werden. Ein solcher Systemwechsel, der allerdings die Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen nicht erhöhen darf, würde die Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden ganz erheblich stärken.

In eine Gemeindefinanzreform muss jedoch auch die Aufgaben- und Ausgabenseite mit einbezogen werden. Vor allem gilt es, die **Dynamik der Sozialleistungen zu begrenzen**, die eine schwere Belastung für die Kommunen darstellen.

Wir werden uns weiterhin dagegen wehren, dass Berlin und Brüssel unseren Kommunen ständig neue Aufgaben aufbürden, ohne die dafür notwendigen Finanzmittel bereit zu stellen.

Es ist mir ein Anliegen, die bewährte **Finanzpartnerschaft zwischen Land und Kommunen** zu vertiefen. Die finanzpolitischen Zeiten sind hart. Sie verlangen von Land und Kommunen schmerzhaft eingeschränkte Möglichkeiten. Gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden wollen wir für beide Seiten verträgliche Lösungen finden.

Landtag stärken

Die Landtage haben nicht nur legislative Aufgaben an den Bund oder an die EU verloren, sondern auch an die Exekutive in den Ländern abgegeben – vor allem im Wege von Verordnungsermächtigungen.

Hier müssen wir wieder für klare Verhältnisse sorgen. Das gebieten schon der Grundsatz der Gewaltenteilung und das Demokratieprinzip. Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die **Rechtsetzung wieder stärker im Landtag zu bündeln**.

Eine Reihe von Verordnungsermächtigungen beruht auf Bundesgesetzen, so zum Beispiel das Gaststätten- und das Ladenschlussgesetz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch diese Regelungskompetenz wieder dem Landesgesetzgeber übertragen wird.

Im Zweifel muss gelten: Rechtsetzung gehört nicht in die Verwaltung, sondern ins Parlament!

V. Heimat bewahren

Stabiles Wachstum entsteht aus der Verbindung von Bewährtem und Neuem. Das gilt in der Natur – und das gilt genauso auch für meine Vorstellungen von Nachhaltigkeit in der Wirtschaft. Wir setzen auf intelligente Verknüpfungen von Alt *und* Neu, wollen auf Bewährtem aufbauen, setzen auf Erfahrung *und* Experiment, auf Natur *und* Technik.

Naturschutz ist Standortsicherung

Der **Schutz von Umwelt und Natur** ist kein Selbstzweck, sondern als „weicher Standortfaktor“ wichtig. Baden-Württemberg ist geprägt von einer reichen Vielfalt natürlicher Lebensräume. Diese Vielfalt werden wir bewahren und erhalten. Mein besonderer Dank gilt den Natur- und Umweltverbänden, die zur Pflege und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen beitragen.

Zurzeit arbeiten wir an einer **Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes** von 1975. Wir wollen ein modernes, effektives und bürgerfreundliches Naturschutzgesetz schaffen. Auch hier gilt: Wir setzen um, was umzusetzen ist. Wir werden unser hohes Schutzniveau nicht senken. Aber mit uns gibt es keine zusätzliche Verschärfung der Vorgaben aus Berlin und Brüssel.

Baden-Württemberg leistet seinen Beitrag zum europäischen Naturschutzprojekt **Natura 2000**. Wir werden unsere Arbeiten hieran verstärken und noch in diesem Jahr erste Pflege- und Entwicklungspläne erarbeiten. Auch bei der Meldung der Vogelschutzgebiete nach Brüssel werden wir aufs Tempo drücken. Die von der Meldung Betroffenen werden wir vorher intensiv beteiligen. Wer beim Umwelt- und Naturschutz etwas bewegen will, muss das gemeinsam mit den Eigentümern und Nutzern tun. Wir brauchen keine Konfrontation, wir setzen auf **Kooperation mit den Bewirtschaftern und Eigentümern**.

Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen wollen wir ein **Biosphärengebiet** entstehen lassen. Solche Gebiete sind keine Landschaftsmuseen. Ihr Grundgedanke ist: „Schutz der Kulturlandschaft durch schonende Nutzung.“ Neben dem Erhalt der Natur haben Biosphärengebiete die Aufgabe, den Tourismus und die Umweltbildung anzuregen und die regionale Wirtschaft nachhaltig zu fördern.

Wir wollen ergebnisoffen mit den beteiligten Kommunen entscheiden, wie das Ganze konkret angegangen werden soll und welche Instrumente sich für die weitere Entwicklung am besten eignen.

Den Abzug der Bundeswehr mit allen Folgen für die Albregion konnte die Landesregierung nicht verhindern. Jetzt müssen wir gemeinsam das Beste daraus machen.

Zukunftsfähiger Tourismus

Die Natur ist ein wertvolles Kapital für den Tourismus, der immerhin 8 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts von Baden-Württemberg erwirtschaftet. Wir werden den Tourismus auch in Zukunft stärken, indem wir neue Zielgruppen erschließen. Ich denke dabei insbesondere an junge Leute, die von einem Urlaub nicht nur Erholung, sondern auch Sport, Spaß und „Action“ erwarten. Wir müssen maßgeschneiderte Angebote für diese Gruppe entwickeln. Hierzu schlage ich vor, dass wir 2006 von den 5 Mio. Euro an regulären Tourismus-Investitionsmitteln eine Mio. für neue, innovative Angebote im Bereich des **Jungen Tourismus** reservieren.

Ein wachsender Markt liegt auch im Bereich „**Wellness und Gesundheitstourismus**“. Als Kur- und Bäderland, aber auch als Wissenschaftsstandort mit dem Schwerpunkt Medizin und Gesundheitsvorsorge ist Baden-Württemberg auch auf diesem Gebiet gut aufgestellt. Wir werden diese Chance nutzen!

2006 ist unsere Landeshauptstadt Gastgeber beim größten Sportereignis des Jahres, der **Fußball-WM**. Unser Land wird sich bei diesem Anlass nicht nur als organisatorisch perfekter Ausrichter, sondern auch als hochkarätige Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturregion präsentieren. Zusammen mit der Stadt Stuttgart, Vertretern des Sports und der Wirtschaft wird die Landesregierung eine Steuerungsgruppe bilden, die dieses Großereignis koordiniert.

Herausforderungen: Feinstaub, Fluglärm, Flächenverbrauch

Zu den aktuell drängendsten Herausforderungen im Umweltbereich gehört die **Feinstaubproblematik**. Wir nehmen dieses Thema sehr ernst.

Ich halte nichts davon, eine Diskussion über die Höhe des von der EU festgesetzten Grenzwertes zu führen. Stattdessen werden wir eine **konsequente Reduktionsstrategie** entwickeln. Es geht darum, den Feinstaubanteil in der Luft dauerhaft zu verringern. Zurzeit erarbeitet das Ministerium für Umwelt und Verkehr ein entsprechendes Maßnahmenpaket. Die Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen.

Wir werden in den nächsten Wochen entscheiden, mit welchen Maßnahmen wir rasch und wirksam eine Minderung bei den maßgeblichen Feinstaubquellen erzielen können: im Verkehr, in den Haushalten und in der Industrie. Dabei werden neben verkehrslenkenden Maßnahmen auch Verbesserungen bei der Fahrzeugflotte, Angebotsausweitungen im ÖPNV, eine verbesserte Straßenreinigung sowie Maß-

nahmen zur Nachrüstung großer Feinstaubemittenten aus Industrie und Gewerbe geprüft werden. Ich will auch Fahrverbote und Verkehrsbeschränkungen nicht generell ausschließen, aber sie können nur das allerletzte Mittel sein, wenn anders kein Erfolg zu erzielen ist.

Um eine wirkungsvolle Förderung der Aus- und Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern sicher zu stellen, setzen wir uns auf Bundesebene für ein aufkommensneutrales steuerliches Anreizsystem z.B. durch Spreizung der Steuersätze ein.

In der Frage der **Fluglärmbelastung** durch den Flughafen Zürich-Kloten halten wir an unserer bisherigen Position fest. Wir wollen eine gleichmäßige und faire Verteilung der Lärmbelastung auf die gesamte Umgebung des Flughafens.

Unsere Flächen und Böden sind knapp. Es gilt, sie effizient zu nutzen. Das Land hat sich das Ziel gesetzt, den **Flächenbedarf** deutlich zu **reduzieren**. Wir werden diese Bemühungen intensivieren. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft, ohne der kommunalen Selbstverwaltung und der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinden ungerechtfertigte Beschränkungen aufzuerlegen. Zu diesem Zweck sollen die Fördermittel des Landes zu Gunsten der Innenentwicklung gebündelt und vorrangig dort eingesetzt werden.

Wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Baden-Württemberg ist geprägt von seiner besonders abwechslungsreichen **Kulturlandschaft**. Diese wunderbare Vielfalt von Feldern, Wiesen und Wäldern unterscheidet uns von anderen Ländern. Sie ist ein wesentlicher Standortvorteil unseres Landes gegenüber anderen.

Es ist enorm wichtig, dass sich die Menschen bei uns besonders wohlfühlen, dass sie in unserer Kulturlandschaft einen Ausgleich finden, dass sie bei uns eine Vielzahl von heimischen Spezialitäten genießen können.

Die Landesregierung bekennt sich zu unserer **bäuerlichen, umweltgerechten Landwirtschaft**, zu einer flächendeckenden und standortangepassten Landwirtschaft mit entwicklungsfähigen Familienbetrieben. Wir sagen „Ja“ zu einer wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft. Wir sagen „Ja“ zur heimischen Produktion von Lebensmitteln, „Ja“ zu Holz aus unseren Wäldern, „Ja“ zur Pflege und Offenhaltung unserer Kulturlandschaft.

Unsere Land- und Forstwirte, Gärtner, Wengerter und Winzer bewirtschaften unser Land viel besser und weit günstiger als das etwa staatlich bestellte Landschaftspfleger je könnten. Doch unsere landwirtschaftlichen Betriebe stehen in einem harten Wettbewerb. Zusätzlich stellt sie die EU-Agrar-Reform vor große Herausforderungen. Brüssel und Berlin wollen immer mehr in die Höfe hinein regieren.

Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass bei uns Felder brachfallen und Wiesen zuwachsen, während wir uns Lebensmittel aus aller Herren Länder auf den Tisch holen.

Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass wir unsere bewährte **integrierte Agrar- und Strukturpolitik** mit ihren speziell auf Baden-Württemberg angepassten Förderprogrammen auch weiterhin fortsetzen können. Kein anderes Land engagiert sich so stark wie wir im Agrarumweltbereich. Diese Spitzenposition wollen wir verteidigen.

Unser Ziel bleibt, dass wir auch weiterhin - im Gegensatz zu anderen Ländern - alle angebotenen Hilfen der EU und des Bundes für unsere Landwirtschaft sichern können. Das heißt konkret: Landesmittel sehr gezielt und möglichst so einsetzen, dass wir damit auch zusätzliche Hilfen aus Brüssel und Berlin nutzbar machen.

Wenn es um Landwirtschaft geht, ist jeder einzelne von uns angesprochen. Spezialitäten aus Baden-Württemberg unterscheiden sich von anonymer Massenware. Sie sind jeweils ein Stück Heimat, auf die wir stolz sein können.

Wir setzen auf den mündigen Verbraucher. Dazu ist eine objektive und neutrale Information unerlässlich. In enger Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg werden wir ein Expertengremium zum **Verbraucherschutz** berufen, um Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und danach zu handeln.

Politik für alle Landesteile

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir kennen die Grundlagen unseres Erfolgs. Sie heißen: Arbeit, Fleiß, Ideenreichtum und Selbständigkeit. Sie gelten in den städtischen Ballungszentren genauso wie auf dem Land; **in Baden genauso wie in Württemberg**; in der Industrie und Hochtechnologie genauso wie im Handwerk und in der Landwirtschaft.

Unsere Ländlichen Räume sind das starke Rückgrat Baden-Württembergs. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb fördert die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen das Wohnen und Arbeiten im Ländlichen Raum – vor allem auch für junge Menschen.

Die neue Landesregierung weiß sich den Menschen im Ländlichen Raum genauso verpflichtet wie den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Ballungsräumen.

Wir lassen keine Region des Landes im Stich. Das gilt zum Beispiel auch für die Standorte im Land, aus denen sich die Bundeswehr zurückziehen muss.

In den Städten leben immer weniger Familien mit Kindern und immer mehr ältere Menschen. Langfristig werden wir einen Bevölkerungsrückgang erleben. Wir müssen die Städte wieder als Lebensraum für junge Familien attraktiv – und bezahlbar – machen. Dazu gehört auch ein erschwingliches und qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen, an Ganztagschulen und Generationen verbindenden Einrichtungen.

In den **großen Städten** gibt es eine Vielfalt unterschiedlicher Milieus und Lebensgefühle. Dieser Verschiedenheit ist gewiss nicht frei von Konflikten, aber sie stellt auch eine Bereicherung dar. Wir plädieren für ein Miteinander von Jung und Alt, deutsch und ausländisch.

Schließlich benötigen wir in den Städten auch eine spezielle Sicherheitsarchitektur: Wir wollen eine noch stärkere Präventionsarbeit im Zusammenwirken von Polizei, Kommunen, gesellschaftlichen Einrichtungen, Bildungsinstitutionen.

Im Zusammenwirken von Wohnungsbau, Stadterneuerung und Denkmalschutz wollen wir die Innenstädte lebenswert erhalten – gerade auch für junge Familien.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei auch das Thema „Wohnen im Alter“ und der Pflegeheimbau. Wir werden den Bau von Pflegeheimen zumindest noch so lange unterstützen, wie es einen entsprechenden Nachholbedarf gibt.

Nach mehr als 50 Jahren steht fest: Baden-Württemberg ist ein gelungenes Musterbeispiel für eine Länderneugliederung. Wie in jeder guten Ehe gibt es auch bei uns manchmal Spannungen und Missverständnisse. Aber die Gesamtbilanz ist eindeutig positiv. Die Landesregierung setzt auf eine **ausgewogene Entwicklung in allen Landesteilen**. Dies zeigt sich beispielsweise bei den Investitionen im Bereich der Großen Baumaßnahmen im Haushaltsplan 2005/2006. Hierzu einige Beispiele:

In Karlsruhe und Mannheim investiert das Land jeweils rund 35 Mio. Euro in verschiedene größere Bauprojekte. Außerdem fördern wir in Mannheim mit Blick auf das 400-jährige Stadtjubiläum eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus wird die Landesregierung sich dafür einsetzen, dass in Karlsruhe Haushaltsmittel für die dringend notwendige Erweiterung des Generallandesarchivs und für den Ausbau der Musikhochschule zur Verfügung gestellt werden.

In Freiburg wendet das Land 31 Mio. Euro für Baumaßnahmen auf. Ein Großteil davon ist für die Universität bestimmt.

Auch in Stuttgart liegt der Schwerpunkt der Baumaßnahmen im Bereich der Universität. Insgesamt belaufen sich die Bauinvestitionen in Stuttgart auf rund 30 Mio. Euro.

In Ulm investiert das Land gut 28 Mio. Euro in Baumaßnahmen und weitere Mittel in den Neubau der Chirurgie.

In Tübingen investieren wir insgesamt fast 60 Mio. Euro – davon 45 Mio. in die Naturwissenschaftlichen Institute der Universität.

Zu einer ausgewogenen Entwicklung gehören auch Vernetzungen über Grenzen hinweg. Entlang der Rheinschiene werden wir die **Europäische Metropolregion Oberrhein** sukzessive entwickeln – von Mannheim über Karlsruhe und Freiburg bis Basel. Noch in diesem Jahr werden wir die Eckpunkte einer Neukonzeption der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorlegen. Mein Ziel ist die Schaffung eines großen Wissenschafts-, Wirtschafts- und Forschungsraumes mit modellhaft integrierten Verkehrssystemen in der Rheinachse. Eine weitere Europäische Metropolregion entsteht unter maßgeblicher Beteiligung des Verbands **Region Stuttgart** im Umfeld der Landeshauptstadt.

VI. Aktive Bürgergesellschaft pflegen

Das Bild unseres Landes in der Öffentlichkeit wird nicht nur von Erfolgen in Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung geprägt, sondern auch von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich unentgeltlich für das Gemeinwesen und für ihre Mitmenschen engagieren.

Das Leitbild der neuen Landesregierung ist die **Aktive Bürgergesellschaft**. Baden-Württemberg ist hier seit Jahren auf einem guten Weg. 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger des Landes üben ein Ehrenamt aus. Das ist deutscher Rekord. Rund 110.000 Menschen sind in den freiwilligen Feuerwehren tätig; 40.000 betätigen sich als Trainer und Übungsleiter im Sport. Oder denken Sie an die zahlreichen Chöre, Musik- und Theatergruppen, an den kirchlichen Bereich oder an die sozialen Dienste. Dort leisten „Laien“ hochprofessionelle Arbeit. Und ohne diese Arbeit wäre unser Land ärmer und kälter. Ich möchte heute allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf unterschiedlichste Weise für ihre Mitmenschen, für die Gemeinschaft, für ein gutes Miteinander und eine lebenswerte Umwelt einsetzen, ein herzliches Dankeschön sagen!

Die Landesregierung wird das Ehrenamt und den Gemeinsinn in Baden-Württemberg weiterhin tatkräftig fördern und unterstützen. Wir setzen dabei auf die bewährte Partnerschaft mit Städten, Kreisen und Gemeinden, mit Kirchen und Verbänden und allen anderen Akteuren der Bürgergesellschaft.

Noch in dieser Legislaturperiode wird das Land eine **Haftpflicht- und Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Engagierten** abschließen.

Aus dem breiten Spektrum des Ehrenamts will ich stellvertretend einen Bereich herausgreifen, der im wahrsten Sinne des Wortes sehr viele Menschen bewegt – nämlich den Sport. Der Sport ist die mit Abstand größte Bürgerbewegung Baden-Württembergs.

Auch der Sport ist von den Einschnitten im Landeshaushalt in diesem und im nächsten Jahr nicht gänzlich verschont geblieben. Aber ich versichere Ihnen, dass sich die Landesregierung der Bedeutung des Sports bewusst ist und ihn auch in Zukunft nachhaltig unterstützen wird.

Ich habe großes Verständnis dafür, dass der Sport für die Zukunft Planungssicherheit braucht. Deshalb greife ich die Anregung zu einem „**Solidarpakt Sport**“ gerne auf. Ich werde mich möglichst bald mit den Spitzen der Sportverbände an einen Tisch setzen, damit wir gemeinsam ein solches Bündnis auf den Weg bringen.

Gemeinsame Verantwortung für Kunst und Kultur

Zu einer aktiven Bürgergesellschaft gehören auch Unternehmen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen: durch Spenden und Sponsoring, durch Mäzenatentum, durch die Ermutigung und Unterstützung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese **Corporate Citizenship** ist in Baden-Württemberg besonders stark ausgeprägt.

Wir haben in Baden-Württemberg einen Reichtum an Kunst und Kultur, um den uns andere Länder beneiden - eine Vielzahl kultureller Leuchttürme. Kunst und Kultur sind ein Stück Lebensqualität. Zugleich sind sie eine Quelle für Kreativität und Innovation. Oder um es mit den Worten Albert Einsteins zu sagen: „Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“ Darüber hinaus sind **Kunst und Kultur** auch **ein wichtiger Standortfaktor**.

Kulturpolitik ist eine Pflichtaufgabe des Landes, zu der wir uns auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bekennen. Auch künftig wird sich die öffentliche Förderung nicht auf die großen Zentren beschränken. Alle Bürger unseres Landes sollen am kulturellen Angebot teilhaben können. Neben den öffentlichen Kultureinrichtungen gilt unser Augenmerk auch der freien Szene und der Soziokultur.

Die Förderung von Kunst und Kultur hat drei Standbeine: die staatlichen und kommunalen Zuschüsse, die Eigeneinnahmen der Kultureinrichtungen und private Mittel. Auf keine dieser Säulen können wir verzichten.

Wie viel Kunst und Kultur durch privates Engagement gewinnen können, davon zeugen u.a. vier herausragende Beispiele in Baden-Württemberg: die Kunsthalle Würth in Schwäbisch Hall, die Sammlung Frieder Burda in Baden-Baden, die geplante Sammlung Weishaupt in Ulm und das Museum für neue Kunst in Karlsruhe.

Die Förderung von Kunst und Kultur muss für Unternehmen und Privatpersonen noch attraktiver werden. In diesem Sinne werden wir unser Stiftungs- und Steuerrecht auf den Prüfstand stellen.

Darüber hinaus brauchen wir neue Finanzierungs- und Trägermodelle mit privater Beteiligung und neue Formen der Partnerschaft zwischen öffentlichen und privaten Trägern.

Auch im Hinblick auf die kulturelle Infrastruktur gilt es, noch mehr Synergien zu schaffen, jeweils die eine Einrichtung von den Möglichkeiten der anderen profitieren zu lassen und dennoch das eigene Profil zu wahren.

So werde ich noch in dieser Legislaturperiode zu einem Kunst- und Kulturkongress einladen. Für mich gilt: Eine erfolgreiche Kulturpolitik muss stets offen bleiben für Neues. Sie braucht den Rat und die Kreativität der Kulturschaffenden.

Politik für und mit älteren Menschen

Zu den Faktoren, die das Zusammenleben in unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflussen, gehört der demographische Wandel. In keinem anderen deutschen Land ist die Lebenserwartung so hoch wie in Baden-Württemberg. Das ist erfreulich und spricht für die hohe Lebensqualität in unserem Land.

Die Landesregierung versteht die Politik für und mit älteren Menschen als Aufgabe aller Fachbereiche. Wir werden das Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt“ weiter ausbauen.

Seniorenpolitik darf nicht nur eine Politik *für* Senioren sein; sie muss auch als Politik *mit* Senioren gestaltet werden. Unsere Gesellschaft kann auf die Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen nicht verzichten.

Wir müssen das **Miteinander der Generationen** stärken – innerhalb, aber auch außerhalb der Familien. Gerade auf dem Gebiet des Bürgerschaftlichen Engagements liegen hier große Potenziale. Eine menschliche Gesellschaft braucht beides: Rüstige Senioren, die sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen einbringen. Aber auch jüngere Menschen, die ehrenamtlich in der Pflege und Betreuung älterer Mitbürger mitarbeiten. Bei der Pflege und Betreuung müssen Haupt- und Ehrenamtliche auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten. Auch dieser Aspekt ist ein Baustein unseres **Aktionsprogramms „Ältere Generation im Mittelpunkt“**, den wir weiter verfolgen werden.

Vorschriften, die ältere Menschen vom gesellschaftlichen Leben oder einem bürgerschaftlichen Engagement ausschließen, müssen systematisch überprüft werden. Ich denke beispielsweise an die bestehenden Altersgrenzen bei der Schöffenfähigkeit oder bei der Telefonberatung. Gerade in diesen Bereichen ist Lebenserfahrung ein besonders wertvolles Kapital, auf das wir ohne Not nicht verzichten können.

VII. Tatkraft und Selbstvertrauen

Ich habe in meiner Regierungserklärung deutlich gemacht, was mir am Beginn meiner Amtszeit besonders wichtig ist:

- die Stärkung des Standorts Baden-Württemberg für den globalen Wettbewerb
- der Ausbau von Bildung und Betreuung
- die Profilierung unseres Landes als europäisches Innovationszentrum
- die Entwicklung eines schlanken und zugleich starken Staates
- der Schutz der Umwelt
- eine Politik für das ganze Land
- eine aktive Bürgergesellschaft

Lassen Sie uns gemeinsam an den besten Lösungen für Baden-Württemberg arbeiten. Lassen Sie uns einen fairen und konstruktiven **Wettbewerb der Ideen** führen – im Interesse unseres Landes und seiner Menschen.

Ich lade die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg, unsere Kirchen, die Verbände, die Gewerkschaften und alle gesellschaftlichen Gruppen zu einem **vorbehaltlosen und offenen Dialog** ein.

Viele haben bereits in den letzten Wochen Gespräche mit mir geführt. Ich habe zahlreiche Zuschriften mit Vorschlägen und Ideen für diese Regierungserklärung erhalten. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle sehr herzlich. Die Beteiligung war überwältigend und ist für mich der beste Beweis dafür, dass in unserem Land großes Interesse am Gemeinwesen besteht, dass **wahrer Gemeinsinn** herrscht, dass die Menschen in Baden-Württemberg weder übersättigt noch politikverdrossen sind, sondern sich einbringen und einmischen.

Sie werden verstehen, dass ich schon allein aus Zeitgründen nur einen Teil dieser Vorschläge und Anregungen berücksichtigen konnte. Ich versichere Ihnen aber, dass wir alle Vorschläge gelesen und geprüft haben und dass wir sie – soweit möglich – bei der Gestaltung der künftigen Landespolitik berücksichtigen werden.

Lamentieren macht krank. Die vorhandenen Probleme mit Zuversicht und Tatkraft anzugehen, bringt **gesundes Selbstvertrauen, gesteigerte Leistungsfähigkeit, Gestaltungskraft und Perspektive für unser Land** und weckt die großen, in unserem Land und seinen Bürgern vorhandenen Potenziale.

- Baden-Württemberg ist ein großartiges Land mit fleißigen und innovationsfreudigen Bürgerinnen und Bürgern.
- Baden-Württemberg ist ein starkes und schönes Land
- Baden-Württemberg ist ein Land voller Chancen und Möglichkeiten.

Diese Chancen zu nutzen und das Land weiter nach vorne zu bringen – das ist und bleibt mein oberstes Ziel.

Als Ministerpräsident bin ich für alle Menschen in Baden-Württemberg da. Ich werde gesprächsbereit auf alle zugehen, wo immer die Möglichkeit dazu besteht.

Ich will mich einsetzen für unser wunderbares Land, mit meiner ganzen Kraft, mit allem, was mir gegeben ist. Für eine gute Zukunft des Landes. Für uns, für unsere Kinder und für die nachfolgenden Generationen.

Tatkraft und Selbstvertrauen in schwieriger Zeit: Arbeit schaffen, Sicherheit geben, Heimat bewahren.

Das verspreche ich Ihnen und dafür trete ich an.